

Volkswacht

für Schlesien

mit den wichtigsten Beiträgen: „Unterhaltung“, „Kunst“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Hirschstraße 4/5, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Trautenstraße 11, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rml. monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post erfolgt Zustellungsgebühr 2,40 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptvertriebsstelle **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Nr. 2001 Dreslau Nr. 5552.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Dreslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Verlobungs-, Verheirathungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hirschstraße 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Neuer Krach in der Koalition.

Das Zentrum verlangt von den Deutschnationalen Rechenschaft wegen der unverantwortlichen Rede Freitag-Loringhovens.

Berlin, 31. Januar.

Bei der Eröffnung der Sitzung des Reichstages leitete Präsident Lohse mit, daß dem Reichstag nunmehr das Urteil des Staatsgerichtshofes in der Angelegenheit des preussischen Anspruchs auf den Posten im Reichsbahnverwaltungsrat mit einer Erläuterung des Reichsanwalters zugegangen sei. — Die Aussprache über den Etat des Auswärtigen Amtes wird fortgesetzt.

Abg. Witzke (Ztr.) beschäftigt sich zunächst mit der Rede des deutschnationalen Abgeordneten v. Freitag-Loringhoven und erklärt dazu: Die Kritik der Außenpolitik in dieser Rede ist im Ausmaß und in der Form nicht vereinbar mit der Zugehörigkeit zur Regierungskoalition. Welchen Eindruck muß solche Kritik auf die Staaten machen, mit denen wir Verträge abgeschlossen haben und mit denen wir zusammen im Völkerbunde sitzen? (Hört! hört! links und in der Mitte.) Ihr Verhalten, Herr v. Freitag-Loringhoven, ist geeignet, uns um jeden politischen Kredit im In- und Auslande zu bringen. Große Bewegung, förmliche Zustimmung links und in der Mitte. Es bedeutet eine glatte Desavouierung der Politik des Außenministers. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum. Hört! hört! Rufe links.) Wie steht angesichts einer solchen Heußerung eines Koalitionsmitgliedes der Minister da vor den Staaten, vor denen er die Regierungspolitik vertritt? Vor allem aber muß ich den deutschnationalen Kollegen fragen: Wie bringen Sie Ihre Heußerungen in Einklang mit den Richtlinien, auf die sich bei der Bildung des jetzigen Kabinetts Ihre Fraktion ausdrücklich verpflichtet hat? (Zehr gut! links und im Zentrum.) — Unter lauten Hört! Hört!-Rufen verliest der Redner dann aus den Richtlinien die Stellen, denen sich alle Regierungsparteien zum Festhalten an der Locarnopolitik verpflichtet. — Er fährt fort: Der Abgeordnete v. Freitag-Loringhoven als offizieller Vertreter seiner Fraktion gesprochen hat, ergibt sich für die deutschnationalen Fraktion die Notwendigkeit einer Erklärung, ob ihre Auffassung mit den Heußerungen dieses Redners übereinstimmt. Ich kann das Bestreben der über nicht unterdrücken, daß die deutschnationalen Fraktion, die Herrn von Freitag-Loringhoven nunmehr als wir (Heiterkeit), ihn als Redner vorgeschickt hat, hat auch bei seinen Fraktionsfreunden mit einer Rede keinen Beifall gefunden; aber das müßte nicht (Heiterkeit.) Wir müssen als Regierungspartei von den Deutschnationalen eine Erklärung zu dieser Rede verlangen. Es sind wir uns selbst, dem Volke und den Staaten schuldig, wenn wir durch Verträge verbunden sind. (Lebhafte Beifall im Zentrum und links.)

Nachdem äußerte, in verschärfter Form ausgenommen, jedoch keine Ausführungen eine wertvolle Ergänzung der Ausführungen des Ministers sind. (Lachen links und Rufe: „Gott schütze ihn vor seinen Freunden!“). Ich kann also nicht anerkennen, daß die Ausführungen des Abg. v. Freitag irgendwie gegen das gemeinsame Regierungsprogramm der derzeitigen Regierungskoalition verstoßen hätten. (Lachen links.)

Frau Dr. Bäumer (Dem.) erklärt, die diesmalige Aussprache über den Haushalt des Auswärtigen Amtes sei in der Tat durch das Stichwort „Außenpolitik auf Wartegeld“ gekennzeichnet, das eine große Zeitung gebraucht habe. Die demokratische Opposition sei in der eigentümlichen Lage, ein aufrichtiger Anhänger der Richtlinien zu sein, als ein Teil der Regierungsmehrheit. Es liege kein Anlaß vor, die Politik des Völkerbundes auf den für Deutschland wesentlichen Gebieten zu beschönigen. Es sei aber etwas anderes, ob man diese Mißerfolge mit einer gewissen Genugtuung als Beweise gegen den Völkerbund aufzähle, oder ob man sich mit den Hemmungen als lokaler Mitarbeiter im Völkerbunde auseinandersetze. Es könne nicht geleugnet werden, daß nicht nur bei uns, sondern bei allen aufrichtigen Vertretern der Völkerbundsidee eine tiefe Enttäuschung über die Entwicklung der letzten Jahre herrsche, besonders hinsichtlich der Abrüstung.

Darauf wird die Weiterberatung um 18 Uhr auf Mittwoch, 14 Uhr, vertagt.

Neuer Umfall des Zentrums.

Berlin, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der gestrige Zwischenfall im Reichstag hat heute die deutschnationalen Presse auf den Plan gerufen, um ergänzend zu sagen, was der deutschnationalen Fraktionsredner am Dienstag vor verjammertem Plenum aus tatsächlichen Gründen nicht sagen durfte. So spricht die „Deutsche Tageszeitung“ von „der völlig undisputablen Art, in welcher der Redner einer Koalitionspartei in überheblicher Weise sich Zentrumsbefugnisse“ angemaßt habe. Die „Kreuzzeitung“ nimmt den Vorfall sogar zum Anlaß einer rückschauenden Betrachtung über das Thema: „Ein Jahr Koalition“ anzustellen und nach der bereits vor wenigen Tagen von ihr gestellten Frage: „Was will Guérard?“ heut zu fragen: „Was will das Zentrum?“ Das Blatt gibt auf seine Frage gleich selbst die Antwort, indem es schreibt: „Wir können uns des Eindruckes nicht mehr verschließen, als ob das Zentrum hinsichtlich der zurzeit bestehenden Koalitionsverhältnisse nicht mehr guten Willens ist. Auch für die Deutschnationalen beginnt sich damit selbstverständlich das Verhältnis zur Koalition zu verschleppen. Schon die Rücksicht auf ihre Anhänger im Lande macht es erforderlich, so oder so eine Reinigung der Atmosphäre herbeizuführen.“

Was wird bei dieser „Reinigung“ schon herauskommen? Es ist doch so, daß weder die Deutschnationalen noch das Zentrum jetzt eine Reinigung wollen, weil sie keine Neuwahlen wünschen. In Wirklichkeit war die ganze Aktion des Zentrums gegen die deutschnationalen Reichstagsfraktion auch gar nicht so ernst gemeint, wie es nach den Ausführungen des Prälaten Witzke den Anschein haben könnte. Das Zentrum fühlte sich weniger durch die Rede des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Freitag-Loringhoven als durch die Persönlichkeit dieses offiziellen Redners der Deutschnationalen Fraktion provoziert. Der Vorfall sollte deshalb nach den Vereinbarungen des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, v. Guérard mit dem Pfarrer Witzke, in erster Linie der Person des Edelrussen v. Freitag-Loringhoven gelten. Witzke hat daraus und, wie wir bestimmt wissen, sehr zum Leidwesen eines Teiles seiner Fraktion, eine Attende gegen die Deutschnationalen gemacht. Immerhin ist und bleibt der Vorfall symptomatisch für die inneren Zustände innerhalb der Koalition. Es kommt bei keiner Beurteilung weniger darauf an, wie er es gemeint, sondern darauf, daß es überhaupt möglich war, und das ist bezeichnend.

Die Aufnahme von Stresemanns Rede in Frankreich.

Paris, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Rede des Reichsaußenministers hat die Frage der Rheinlandräumung wieder in den Vordergrund der deutsch-französischen Aussprache gerückt. Wenigstens hierüber die Aussage Stresemanns zunächst ein wenig übertrifft, da man eine Lösung durch irgendeine stillschweigende Vereinbarung zwischen den Außenministern der beiden Länder bis zu den Neuwahlen vertagt glaubte. Trotzdem ist die Aufnahme, die Stresemanns Ausführungen hier finden, weit besser, als man nach der Einstellung eines großen Teils der öffentlichen Meinung Frankreichs gerade zu diesem Problem erwarten konnte. Sicht man von den vergifteten Kommentaren einiger Rechtsblätter und den unermesslichen Brunneneröffnungen, zu denen sich am Dienstag abend auch der „Temps“ geübt, ab, so wird man sich

in Deutschland über den Gesamtkon der französischen Presse nicht zu beklagen haben.

Der von Stresemann entwickelte Standpunkt wird bis in die Reihen der gemäßigten Blätter hinein ohne Vorbehalten angenommen und selbst seine Erklärung, daß Deutschland nicht gesonnen sei, die vorzeitige Räumung des Rheinlandes mit neuen über die Verpflichtungen des Versailler Vertrages hinausgehenden Garantien zu erkaufen — man sieht darin hier eine Antwort auf Paul Boncour's jüngste Ausführungen — werden durchaus sachlich und ohne allzu scharfe Polemik diskutiert. Selbst ein Blatt wie der im Lager der Rechten stehende „Paris Midy“ erkennt am Dienstag an, daß Stresemann mit seiner Montagrede eine für die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen entscheidende Phase eingeleitet habe. Der deutsche Außenminister habe am Montag von der Tribüne des Reichstages herab Frankreich nochmals in feierlicher Weise die Freundschaft und die praktische Mitarbeit Deutschlands angeboten und als einzige Bedingung dafür nur die Räumung des Rheinlandes gestellt. Er habe dabei deutlich durchblicken lassen, daß, obwohl es der deutschen Regierung bisher gelungen sei, die öffentliche Meinung, die immer härter die Räumung verlange, zu beschwichtigen, sie ihrer in Zukunft keineswegs sicher sei und daß von einer deutsch-französischen Verständigung in absehbarer Zeit nicht mehr die Rede sein könne. Der „Paris Soir“ gibt der Meinung Ausdruck, daß man es Herrn Stresemann nicht verübeln könne, wenn er für die Räumung möglichst günstige Bedingungen zu erlangen suche. Dieser habe jedenfalls wieder am Montag seinem Wunsch nach einer lokalen Verständigung mit Frankreich unzweifelhaft Ausdruck gegeben und damit zu einer weiteren Besserung in den deutsch-französischen Beziehungen beigetragen, von der allein die Konsolidierung des Friedens zu erwarten sei.

Die am Dienstag im Senat begonnene Interpellationsdebatte über die auswärtige Politik dürfte Br. a. d. noch Gelegenheit geben, auf Stresemanns Ausführungen direkt zu antworten. Da der Text der Reichstagsrede hier im Wortlaut noch nicht vorliegt, ist anzunehmen, daß dies nicht vor Mittwoch oder Donnerstag geschehen wird. Dem auslaut der Br. a. d. Antwort steht man hier jedenfalls mit nicht geringerer Spannung entgegen als in Deutschland, da man sich sehr wohl darüber Rechenschaft gibt, daß vor ihr die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen vielleicht auf viele Jahre hinaus bestimmt werden wird.

Kr. Das Ergebnis des gestrigen Zwischenfalls im Reichstag ist also lebendig, daß das Zentrum einmal wieder vor aller Welt seine große Schwäche und politische Charakterlosigkeit bewiesen hat. Erst verlangt der offizielle Vertreter der Partei im Namen seiner Fraktion in seiner Rede von der Deutschnationalen die Zurücknahme der Kritik, die der vorgelegte Redner der Deutschnationalen im Reichstage an der Außenpolitik der Reichsregierung geübt hat, und erklärt bombastisch und mit solcher Schärfe, daß es große Sensation macht, diese Stellungnahme des deutschnationalen Redners stünde mit der Verpflichtung der Deutschnationalen auf die Richtlinien der Regierung nicht im Einklang. Dann tritt der Fraktionsvorsitzende der deutschnationalen Fraktion auf, versucht in einigen sehr gewundenen Sätzen ein wenig die Ausführungen seines Fraktionskollegen vom Tage vorher abzuschwächen, erklärt aber zum Schluß, daß die Deutschnationalen Volkspartei sich das Recht auf selbständige Kritik der deutschen Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung nicht nehmen lasse und daß er nicht anerkennen könne, daß die Ausführungen des Abgeordneten v. Freitag-Loringhoven gegen das Regierungsprogramm der Koalition verstoßen habe. Er lehnt also in verbämter Form die von dem Prälaten Witzke verlangte Zurücknahme der Behauptungen des Prof. v. Freitag-Loringhoven rund und nett ab.

Das Zentrum aber? Es gibt sofort klein bei und erklärt heute morgen bereits durch den Mund seines wichtigsten Parteiorgans, der „Germania“, daß die Sache erledigt sei. Das Zentrum erklärt sich also mit den lahmten Ausführungen des deutschnationalen Fraktionsführers zufrieden und steckt ohne weiteres ein, daß die Deutschnationalen es einfach ablehnen, die von ihr verlangte neue Festlegung auf die Regierungsrichtlinien auch wirklich anzunehmen.

Diese Tatsache ist für die Lage im Zentrum außerordentlich charakteristisch. Die Opposition im Zentrum muß beruhigt werden. Es geht nicht mehr so weiter, daß der treu republikanisch gesinnte Teil der Zentrumsanhänger dauernd durch das Verhalten des deutschnationalen Koalitionsgenossen vor den Kopf gestoßen wird. Um deshalb die Opposition in den eigenen Reihen zu beruhigen, macht man einen großen Tam-Tam und stellt sich so, als ob man manhaft dafür sorgen wolle, daß die Deutschnationalen sich tatsächlich der Politik des Zentrums einfügen müßten. Sobald man aber erkennt, daß die Deutschnationalen gar nicht daran denken, und man merkt, daß die Regierungskoalition sofort auseinanderbrechen möchte, wenn man ihrem Verlangen nachdruck geben wird auf einer tatsächlichen Einhaltung der Richtlinien durch die Deutschnationalen bestehen würde, kreist man die eingeleitete Aktion sofort ab und legt sich leinerseits wiederum den Forderungen der Deutschnationalen. Es handelt sich also bei dieser ganzen Aktion des Zentrums tatsächlich abermals um nichts anderes, als um einen neuen Betrug an der Opposition in den eigenen Reihen, um einen neuen Versuch, die unruhig gewordenen republikanischen und

friedliebenden Zentrumsanhänger über die Politik des Zentrums zu täuschen. Ersthaft seinen politischen Kurs ändern, wie es die Opposition im Zentrum verlangt, will man aber nicht, weil die gegenwärtig noch maßgebenden Zentrumsführer politisch von der Großindustrie und vom Großagrariertum beherrscht werden und weil diese Wirtschaftskreise die Erhaltung der Koalition mit den anderen großkapitalistischen Parteien wünschen, um ihre kapitalistische Sozial- und Wirtschaftspolitik weiter durchführen zu können und noch möglichst viel für ihre Geldbeutel zu retten, ehe diese Regierung, durch die Wahlen gestürzt, abtreten muß. Es ergibt sich also, daß die Arbeiterwähler im Zentrum wieder einmal vom Zentrum des großkapitalistischen Interesses auf das Schamloseste geopfert worden sind, und daß hier wieder ein neuer Versuch gemacht worden ist, sie politisch zu betrügen, um diese Tatsache zu vertuschen.

Luthers Selbstentlarung.

Der Sozialdemokrat wünscht zu, daß er der Partei der Großindustrie ist. Er häußt Unwahrscheinlichkeiten zu seiner Entschuldigung.

Berlin, 31. Januar. (Eigener Bericht.) Der frühere Reichstanzler Dr. Luther hat am Dienstag als Mitglied des Verwaltungskomitees der Reichsbahn auf die bekannte Denkschrift des Preussischen Ministerpräsidenten mit einem Brief geantwortet, der deutlich erkennen läßt, wie peinlich diesem Repräsentanten der Schwerindustrie die klaren und logischen Feststellungen der preussischen Regierung sind. Trotzdem denkt Luther vorläufig nicht daran, den von ihm im Austrage der Schwerindustrie widerrechtlich besetzten und der preussischen Regierung zustehenden Stuhl im Verwaltungsrat der Reichsbahn zu räumen. Er liebt noch wie vor.

In seinem Schreiben vertritt Luther seine Haltung mit einer ganzen Reihe von unrichtigen und überflüssigen Behauptungen; so stellt er u. a. fest, daß er als früherer Reichstanzler die preussische Regierung beschworen habe, einen Mann aus der praktischen Wirtschaft und seinen Nachmann in den Verwaltungsrat der Eisenbahn zu schicken. Dazu ist zunächst festzustellen, daß Luther selbst gar kein Mann der praktischen Wirtschaft ist, sondern aus dem Kommunaldienst in den Reichsdienst hinübergewechselt ist. Preußen hat andererseits stets mit Recht darauf hingewiesen, daß es keinen Wirtschaftler, sondern einen Vertreter wünscht, der von der Praxis des Eisenbahnwesens etwas versteht und der nicht von den Reklamationen der Wirtschaft, sondern von den Instruktionen der preussischen Regierung abhängig ist. Infolgedessen hat Preußen immer wieder einen Mann vorgeschlagen, der sich jahrelang in der eisenbahnrechtlichen Eisenbahnpolitik eisenbahntechnisch und eisenbahnpolitisch bewährt hat. Auch die Behauptung Luthers, daß die anderen im Verwaltungsrat der Reichsbahn vertretenen Länder wie Bayern und Sachsen im Gegensatz zu Preußen gehandelt haben und Männer der praktischen Wirtschaft delegiert hätten, ist un wahr. Der Vertreter Bayerns ist der frühere Eisenbahndirektionspräsident in Augsburg, ein Herr von Hertel, und der Vertreter Sachsens ist der frühere Ministerpräsident und jetzige aktive Reichshauptmann Sud.

Luther geht also mit jedem Wort seines neuen Briefes an der Wahrheit elegant vorbei. Abgesehen davon aber hat es Preußen nicht notwendig, sich bei der Entsendung seines Vertreters erst des Einverständnisses der Reichsregierung zu versichern, wie es Herr Luther annimmt. Der Staatsgerichtshof hat ausdrücklich bestimmt, daß Preußen das Recht hat, einen ihm genehmen Mann zu nennen und daß dann das Reich diesen Mann ohne weiteres zum Verwaltungsratsmitglied zu ernennen hat. Aber noch viel weniger als die Reichsregierung hat sich Luther um die Persönlichkeit des von Preußen zu entsendenden Delegierten zu kümmern. Luther hat nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes nichts anderes zu tun, als das widersprüchlich behaltene Amt anzunehmen. Die Kopfschmerzen, unter welchen Umständen und durch wen der dann freigesordene Stuhl besetzt wird, sind ausschließlich Sache der preussischen Regierung. Wir sind deshalb überzeugt, daß Preußen sich durch den neuen Brief des Herrn Luther ebensowenig in seinen Rechtsansprüchen beeinträchtigen läßt wie durch die Selbstenttarnungen und Schamhaftigkeiten des Reichskabinetts unter

Führung des Herrn Marx. Andererseits hat die preussische Regierung den Kampf um ihren berechtigten Anspruch nicht mit dem Platzhalter der Schwerindustrie, sondern mit der Reichsregierung auszufechten. In diesem Kampf aber geht es letzten Endes um die Interessen von Millionen preussischer Staatsangehöriger und gegen die Interessenpolitik einzelner Schwerindustrieller Kreise. Das hat der Brief Luthers einwandfrei offenbart — und das ist das einzig Gute an ihm.

Das Zentrum für rasche Entscheidung

über das Schulgesetz.

Berlin, 1. Februar. Die Zentrumsfraktion des Reichstages will, wie laut „Vossischer Zeitung“ von Zentrumssseite berichtet wird, die Entscheidung über das Schulgesetz so rasch wie nur irgend möglich herbeiführen. Die Fraktion des Zentrums hat ihre Forderungen für die Frage der Aufrechterhaltung und Befestigung der Simultanfächer formuliert und diese formulierten Anträge dem Reichstanzler zu dem Zweck übergeben, daß er sowohl im Kabinett die Angelegenheit erörtert und klärt, wie auch mit den Parteiführern der Regierungsparteien recht bald Fühlung nimmt. Diese Fühlungnahme des Reichstanzlers dürfte, wenn nicht heute, so doch spätestens morgen erfolgen.

Landbündlingen und Landbündnismagazin.

Das Ergebnis der Berliner Kirchweih der Großgrundbesitzer.

Berlin, 1. Februar. (Eigener Fundbericht.) Der Landbundrummel in Berlin ist zu Ende. Als Ergebnis wird jetzt ein „Notprogramm“ veröffentlicht, das nach höheren Zöllen und nach der Abspernung Deutschlands vom Ausland streift. Dann verlangt man die Abschaffung der Auslandskredite und große Summen für die sogenannte „Umshuldung“. Außerdem wird die Entlastung des flachen Landes von Schulausgaben gefordert. Es entspricht von jeder ganz ländlicher Tradition, die Bauern dumm zu halten. Aber zu dieser Tradition kommt jetzt insofern noch ein Stück unerhörter Demagogie, als es gerade die Vertreter des Landbundes in der Reichsregierung — die schwarz-weiß-roten Herren v. Krensch, Schiele und Hergt — sind, die bis zum heutigen Tage auf die Durchführung des Schulgesetzes drängen, ohne sich bisher überhaupt den Kopf darüber zu zerbrechen, wo die Hunderte von Millionen für die Durchführung ihres Reichsschulgesetzes hergenommen werden sollen.

Tradition bei der Großlandwirtschaft ist im übrigen auch, keine Steuern zu zahlen. Infolgedessen vermundert es nicht, wenn der Landbund in seinem „Notprogramm“ auch eine entsprechende Forderung aufgestellt hat. Was schließlich die Siedlung anbetrifft, so verlangt man mehr Aufklärung, aber Schutz des Privateigentums, das heißt: Worte für die Siedlungsbedürftigen, aber kein Land. Auch den Arbeiterlöhnen auf dem Lande werden zum Schluß der agrarischen Forderungen noch ein paar Worte gewidmet. Man fordert, daß die Landwirtschaft in die Lage versetzt wird, ihren Arbeitern die gleichen Löhne zu zahlen wie die Industrie. Wo aber ist der Großagrarier, der bisher selbst in den besten Erntezeiten auch nur den Betrag gemacht hätte, die Arbeiterlöhne auf dem Lande den Einflüssen der städtischen Industriearbeiter anzupassen. Von dem Gegenteil, dem Versuch, die Löhne mehr und mehr zu brücken, die an sich schon geplagten Landarbeiter immer noch schlechter zu stellen, können Hunderte von Beispielen gegeben werden. Die Forderung der Großagrarier ist deshalb nichts anderes, als ein demagogischer Trick. Man spricht von der Erhöhung der Arbeiterlöhne und denkt in Wirklichkeit an die eigene Tasche.

Wie der Großgrundbesitzer zu seinen Schulden kommt.

Der „Vorwärts“ schreibt zu dem „Notprogramm“ des schwarz-weiß-roten Reichslandbundes: Das Notprogramm des Reichslandbundes nimmt sich besonders eigenartig aus, wenn man es zusammenhält mit den Feststellungen anlässlich der Affäre des Lombardischwindlers Bergmann. So hat, wie wir wußten, ein bekannter Großgrundbesitzer eine halbe Million Mark Hypothek an seine Güter genommen, um sein Geld gegen das Verschwinden von 48 Prozent Zinsen zu Herrn Bergmann zu tragen. Ein Graf, ebenfalls Agrarier, hat den Beträger 400 000 Mark zu der gleichen Bedingung geliehen.

Sollen auch solche Schulden „angeschuldet“, das heißt auf ewige Zeiten verlängert werden, soll das Reich auch für diesen Zweck Millionen bereitstellen? Der Sache nach würden sie auf eine Subvention für den Schwindler Bergmann hinauslaufen. Diese Frage ist deswegen wichtig, weil eine betrübte unproduktive

Berschuldung der Großagrarier durchaus nicht so vereinzelt dasteht, wie man meinen könnte. Nicht unerschöpfliche Schulden dürften aus agrarischen Kreisen an der Börse entstanden sein. Das Geschäftsgeheimnis verbietet allerdings, daß solche Tatsachen an den Tag kommen.

Zunehmend leuchten die Geschäfte der erwähnten Gutbesitzer in gewisse Praktiken hinein, die der Landbund zu verhindern eigentlich ein Interesse hätte. Ob man davon etwas hören wird, möchten wir allerdings bezweifeln.

Ein Uebergriff Schieles.

Er vermindert eigenmächtig das Gefrierfleischkontingent.

Berlin, 31. Januar. (Eig. Bericht.) Das Reichsernährungsministerium hat die zollfreie Gefrierfleischzufuhr pro Monat von 10 000 Tonnen auf 8500 Tonnen herabgesetzt. Dadurch wird das Jahreskontingent an Gefrierfleisch um mehr als 15 Prozent gekürzt.

Bei Einführung der Agrarzölle im Jahre 1925 wurde in das Gesetz eine Bestimmung aufgenommen, nach der pro Jahr 102 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei nach Deutschland eingeführt werden können, um die Ernährung der breiten Masse sicherzustellen. Unter Einfluß der großen Krise auf den Arbeitsmarkt im Jahre 1925/26 wurde dieses Kontingent auf 120 000 Tonnen erhöht. Seitdem führten die Rechtsparteien einen scharfen Kampf gegen die zollfreien Einfuhrkontingente. Ihre Beseitigung ist u. a. auch eine der Hauptforderungen des Reichslandbundes. Hebt man aber die seit 1925 bestehenden Erleichterungen für die Gefrierfleischzufuhr auf, so tritt ein Zoll von 45 Mark pro Doppelzentner in Kraft. Die Beseitigung oder Verringerung der Einfuhrkontingente bedeutet also eine schwere Belastung der arbeitenden Volksschichten.

Begründet wird die Maßnahme damit, daß die inländischen Vieh- und Fleischmärkte unter überaus starkem Druck stünden und die Rentabilität der Viehzüchter ernstlich bedroht sei. Die Verringerung des Kontingents soll demnach in erster Linie den Zweck haben, die Viehpreise zu steigern.

Eine solche Preissteigerung kann aber nur auf Kosten der Verbraucher vor sich gehen, denn die Organisationen der Fleischer haben noch in den letzten Tagen hinsichtlich der Pläne Schieles das Angebot und die Nachfrage auf den Viehmärkten auszugleichen, ausdrücklich erklärt, daß auch sie ihre Preise steigern müssen, wenn die Landwirte mit ihren Preisen in die Höhe gehen. Gegenwärtig ist aber schon die Spanne zwischen den Fleischpreisen und den Viehpreisen um 50 Prozent höher als vor dem Kriege. Der Verbraucher muß also auf eine weitere Preisverteuerung gefaßt machen. Sie verdankt es der Regierungskunst des Bürgerblocks.

Nietlich im Stahlhelmclub.

Eine mißglückte Versammlung der Altsozialisten in Berlin.

Berlin, 1. Februar. (Eigener Fundbericht.)

Am Dienstagabend machten die sogenannten „Altsozialisten“ Sachsen in Berlin den Versuch, eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Ihr geistiges Oberhaupt, der Nationalsozialist Nietlich, war als Redner ausgerufen, aber statt der zu hunderten erwarteten altsozialistischen Renegaten waren zahlreiche Berliner Reichsbannerleute erschienen, um sich Herrn Nietlich und seinen Stahlhelm-Anhang einmal aus der Nähe anzusehen. Nietlich hatte kaum das Wort ergriffen, als bereits die ersten Zwischenrufe hagelten. Der Versammlungsorganisierende, ein bekannter Stahlhelmsmann, drohte daraufhin mit der Polizei. Die Folge war, daß es an mehreren Stellen des Saales zu Wortwechseln kam und schließlich Schlägereien zwischen den anwesenden Stahlhelmsleuten und den Republikanern entstanden. Die Versammlungsleitung rief dann die Polizei in den Saal, um die Republikaner entfernen zu lassen. Tatsächlich wurden auch eine Anzahl von Versammlungsteilnehmern durch Polizeibeamte abgeführt. Die übrigen republikanisch gesinnten Besucher verließen daraufhin freiwillig den Berliner Stadthausaal und ließen Nietlich mit seinem Häslein von etwa dreißig belorerten Stahlhelmsleuten zurück. — Wir möchten fast annehmen, daß Herr Nietlich die erste Berliner Lesion genügt. Aber wenn er Bedarf hat?

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß die deutschnationale völkische „Deutsche Zeitung“ sich anlässlich des geschehenen Vorfalles für Nietlich und seine Trabanten einsetzt. Gleich und gleich gesellt sich gern.

Vor einer Regierungsbeteiligung der Schweizer Sozialdemokratie.

Bern, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz beschloß in Bern mit 113 gegen 97 Stimmen, sich an dem schweizerischen Bundesrat in Zukunft zu beteiligen. Für die beiden freien Ministerstellen, die durch Parlamentswahl in der nächsten Zeit zu besetzen sind, sollen als sozialdemokratische Kandidaten Grimm und Groppierre in Vorschlag gebracht werden.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Wolff-Verlag U. G., Berlin S. 54.

49) (Katholik verboten.)

Herr Kog erklärte: Ich bin unbedingt für Organisation, das, was immer offen gesagt, glaube auch in der Theorie für die Arbeiter daran. In der Praxis freilich habe ich oft bemerkt, daß eine detaillierte Organisation hauptsächlich einer Anzahl Kopfwehchen führt, auf Kosten der wirklich Arbeitenden zu leben. Diese Angelegenheiten werden zu einer eigenen Kirche, kümmert sich nur nach um die eigenen Interessen, nicht aber um die der Arbeiter. Da sie aber eine Erbschaftsberechtigung haben müssen, so haben sie die Arbeiter auf und treten in ihnen die Unzufriedenheit erst nach.

„Es kann nur es auch entstehen“, erwiderte Paul, „Tatsächlich jedoch nicht das Gegenteil ist: die Arbeiter sind unzufrieden, und die Gewerkschaften sind unfähig, sie zu befriedigen. Die Angelegenheiten werden mit den Unternehmern an der Decke und verlangen, daß die Arbeiter sich ganz allein laßen. Es ist nicht viel mehrschmerzlicher, daß aller Unruhe in der Industrie dadurch entsteht, daß die eine Gruppe Arbeit macht, die andere aber verliert? Bekanntlich ein Mann ein Pferd, so haben die Arbeiter darüber, daß der Käufer des Tier weniger wertvoll findet als der Verkäufer.“

Diese Worte glichen Herrn Kog aufeinander nicht; eine beständige Kluft zeigte ihm das Gefühl an. „Aber was ist es, das Gewerkschaften hier“, erklärte er, „daß sie den Menschen die detaillierte Organisation machen. Es ist nicht länger ein letzter amerikanischer Staatsbürger, sondern nur noch der Teil eines Apparates, der von den Unternehmern und ihren Helfern gesteuert wird. Die Parteimitglieder hat außer dem Kopf gemacht, um nichts zu tun.“

„Ja“, erwiderte Paul, „das stimmt, aber die Unternehmern, durch die Arbeiter ein gewisses Maß, so können sie zum Aufrechterhalten der Wirtschaftlichkeit“, erwiderte er, „daß die parteiaktivisten befragen. Sie wollen, daß die Arbeiter sich für die Arbeiter einen Parteiführer wählen, aber der Parteiführer hat die Arbeiter, haben sie sich der Verantwortung entledigt und lassen sich immer von den Unternehmern steuern.“

Das erwiderte, gab Herr Kog zu, „und wenn sie unternehmen, was sie wollen, was die Arbeiter in Bewegung setzt, unproduktive“

daß die Arbeiter sofort in eine höhere Kategorie vorgerückt sind. Und die neuen Arbeiter erhalten den Lohn.“

Als Paul jedoch beharrlich auf seiner Ansicht bestand, mußte Herr Kog zugeben, daß auch er tatsächlich einer „Gewerkschaft“ angehört und bis zu einem gewissen Grad auf seine persönliche Freiheit verzichtet habe. Selbstverständlich müßten bestimmte Regeln zwischen den Unternehmern eingehalten werden, und Herr Kog betrug genug Gerechtigkeitsfleh, um das gleiche auch für die Arbeiter gelten zu lassen.

„Soll erwidern Herr Kog mit dem Wort: „Wären alle Unternehmern so gerecht wie Sie, so würde man gut mit ihnen umkommen; aber viele bringen sich nur der Macht, und die Arbeiter bringen sich als Organisationsmittel. Deswegen arbeiten die Unternehmern nur auf Gewinn. Wenn sie in ganzen Lande unzufrieden sind und man viele unzufriedene Arbeiter bekommt, die unter Lohn kämpfen. Die Gewerkschaften hingegen sind schlecht organisiert, deshalb besteht auch das unzufriedene Zwischenstadium, was man bekommt. Wenn eine Arbeiter in sein gewöhnliches Leben“, erwiderte Paul, „dann habe ich dies mit einem freundlichen Gesicht, das den Arbeiter den Eindruck macht; er würde ja, daß er davon könnte. Und auch Herr Kog war wirklich bezaubert. Er dachte, jetzt wenn er wollte, den Petroleumarbeiter nicht den Aufrechterhaltung gewähren, weil ihm auf diesem Gebiet kein Verstand bei der persönlichen Freiheit und Unzufriedenheit gemacht hatte. Paul sagte noch dazu: Die Beseitigung wird sich bald zu einem Erfolg entwickeln müssen, denn die Petroleumarbeiter beginnen sich zu organisieren, in jeder Hinsicht, auf dem Parteifeld, wie Ihnen es bekannt ist, Herr Kog.“

Herr Kog erwiderte: „Ja“, und gab zu, daß die Verantwortung ihm durch den Kopf auf dem Lande liegt. Aber ich mache mir keine Sorgen. Bisher meine Arbeiter eine Gewerkschaft in meine ich ihnen Mittel und Wege finden, sich mit ihr zu verbinden, ich habe mein Mögliches versucht, gegen meine Partei gestellt zu sein, und die meisten von ihnen wissen das.“

Paul erwiderte: „Sie müssen vor allem die Ursache des Ganzen erkennen, Herr Kog: seit dem Krieg in Europa hat die Preise für alle Rohstoffe gestiegen, und der Wert des Petroleums. Der Petroleumarbeiter ist nicht glücklich, er hat den alten Lohn, das ist unproduktiv, es ist die Arbeiter. Und die Unternehmern, die gegen die Gewerkschaft kämpfen, sind unproduktiv, da sie auf beide für die Arbeiter in die Hand der U. G. W. setzen, den Kog, unproduktiv, weil sie die Arbeiter zu tun, die sie für den Lohn unproduktiv, in irgendeiner Weise, die Arbeiter unproduktiv. Man kann nicht unproduktiv Dinge über den Kopf,“

die Arbeiter bestrafen unangenehme Unternehmer dadurch, daß sie die Produktionsmittel ruinieren, bisweilen sogar eine Quelle in Brand stecken. Sind die U. G. W. wirklich hier auf der Bildfläche erschienen?“ fragte Herr Kog besorgt.

„Es geht natürlich nicht“, entgegnete Paul, „daß ich etwas zerrate, doch gibt es in jeder Industrie, auf jedem Petroleumfeld U. G. W. Man kann sie nicht fernhalten. Ihrem Einfluß läßt sich nur durch ein gerechtes Vorgehen entgegenwirken.“

Paul hatte das Problem „Kapital und Proletariat“ gründlich studiert, genau so, wie er alles studierte, auf das er fiel. Er hatte Bücher gelesen, die Bunny nicht einmal dem Titel nach kannte, die in den Kurzen nicht erwähnt wurden, weil sie das Problem vom Standpunkt des Proletariats betrachteten. Paul hatte auch häufig mit einem Organisationsredner geredet, den die Petroleumarbeiter-Gewerkschaft hergejagt hatte, einem außerordentlichen Menschen, der seit Jahren die Petroleumfelder bearbeitete und die Verhältnisse genau kannte. Dies interessierte Bunny sehr; er hätte den Mann gerne kennengelernt und fragte den Vater, ob nicht auch er mit ihm reden wollte. Der Vater gab die Antwort, die er jetzt immer gab: „Ich habe mit der neuen Arbeiterleitung und dem Bau der Raffinerie viel zu viel zu tun; vielleicht später einmal.“ Herr Kog betrug sich stets selbst: er sollte auch in der Zukunft niemals Zeit haben.

Doch hatte er nichts dagegen, daß Bunny alle Gewerkschaften egalisiere der Welt kennen lerne, wenn es ihm Freude machte; er würde ihn nach genug mit ihnen zu tun haben. Paul erklärte, Tom Arton sei zwar im Geheimen hier, weil ihn alle Direktoren kannten, er sei erst gestern von den Gefährten-Konten hinausgeworfen worden. Über Arton sei zweifellos bereits mit Bunny zu reden. Nur dürfe er sich nicht einbilden, das könne Arton daran hindern, die Arbeiter des Herrn Kog zu organisieren.

Das Ergebnis dieses Gesprächs war, daß Arton aufgefordert wurde, mit Bunny im Petroleumfeld zusammenzutreffen. Das war die größte Sensation des Matins-Feldes seit dem Brand der ersten Quelle. Die Arbeiter der Nachsicht vergaßen zu schlafen; lauzierten näher, um sich den Publik der beiden zu leisten, vor allen Tieren und Menschen tauchten Geister auf, die hinein schrien. Ein Gewerkschaftsorganisator hand im Ruf, ein farbiger Mann und gewissermaßen Weilen zu sein, das sah nur nach nichts sagte, mit den Arbeiter heimlich auf den Hügel zusammenzutreten, und man kam er am nächsten Tag mit dem Sohn des Mann zusammen. Ein furchter Burche, dieser Bunny Kog! brummen die Arbeiter, und in diesem einen Punkt waren sie mit ihrem Vorgesetzten der gleichen Meinung. (Fortsetzung folgt.)

Kommunistisches Lob für die Sozialdemokratie.

Berlin, 31. Januar. (Eigener Bericht.) Am Dienstag ereignete sich anlässlich der Beratung des Etats des preussischen Innenministeriums im Hauptauschuss des Preussischen Landtages ein viel beachteter und doch interessanter Vorfall. Die deutsche nationale Fraktion hatte den Antrag gestellt, das preussische Statistische Landesamt in Zukunft der Aufsicht des preussischen Innenministers zu unterstellen und einem anderen Ministerium zu unterstellen.

Dieser Antrag rief den kommunistischen Abgeordneten Casper von der Stalin-Fraktion auf den Plan. Er führte aus, der Sinn dieses Antrages sei, die strenge Aufsicht des sozialdemokratischen Innenministers über das Statistische Landesamt mit seinen reaktionären Beamten auszuhebeln. In den vergangenen Jahren hätten die sozialdemokratischen Innenminister in Preußen mit harter Hand in das reaktionäre Wespenneßt hineingegriffen, und die deutschnationalen bezweckten mit ihrem Antrage nichts anderes als ihre reaktionären Freunde in Zukunft möglichst in Schutz nehmen zu können.

In stiller Stunde können also selbst die Stalin-Kommunisten auch anders. Ihr unheimliches Lob über die strenge Aufsicht der sozialdemokratischen Innenminister steht immerhin in einem bezeichnenden Widerspruch zu den fortgesetzten Behauptungen der kommunistischen Presse über die „schlaffe und energielose Politik“ sozialdemokratischer Minister. Anscheinend macht sich in der Wirklichkeit auch in den Köpfen der Stalin-Kommunisten manches anders, als es den gläubigen Anhängern im Lande in Reden und Artikeln vorgetäuscht wird.

Sozialdemokratische Preußentagung.

Berlin, 31. Januar. (Eigener Bericht.) Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat zum Dienstag, den 14. Februar, nach Berlin eine Konferenz der preussischen Parteibezirksvertreter und der preussischen Mitglieder des Parteiaussschusses einberufen. Als Tagesordnung ist ein Referat über „Die Aufhebung der Gutsbezirke, Verwaltung und Personalpolitik in Preußen“ vorgesehen. Referent ist der preussische Minister des Innern, Giese. Außerdem wird der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtages, Seilmann, einen Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion erstatten. Außerdem stehen noch Organisationsfragen zur Diskussion.

Außer den Parteiaussschussmitgliedern werden von jedem preussischen Organisationsbezirk bis zu drei Vertreter an der Konferenz teilnehmen. Die Tagung findet im Chiffraal des früheren Herrenhauses statt.

Keine Neuwahlen in Hessen.

Darmstadt, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der hessische Staatsgerichtshof hat am Dienstag nach mehrwöchiger Beratung den Einspruch der Splitterparteien gegen die Gültigkeit der letzten Landtagswahlen als unbegründet zurückgewiesen. In der Begründung des Urteils wird gesagt, daß außer den geschlichen und verfassungsrechtlichen Bestimmungen bei der Beurteilung des Einspruchs auch politische Erwägungen berücksichtigt werden müßten.

Dieses Urteil ist endgültig. Es ist nunmehr anzunehmen, daß die Verhandlungen über die Regierungsbildung jetzt bald zum Abschluß kommen. Neben dem Staatsvoranschlag sind eine Reihe wichtiger Gesetze, wie das Befoldungsgesetz, in den nächsten Wochen zu verabschieden.

Helfer der Fememörder.

Verfahren gegen die Helfershelfer des Fememörders Klapproth.

Berlin, 30. Januar. Wie die „Vossische Zeitung“ hört, hat die Strafkammer des Landgerichtes Landsberg a. W. gegen vier Personen das Hauptverfahren eingeleitet, die beschuldigt werden, dem Fememörder Erich Klapproth wesentlich Beistand geleistet zu haben, um ihn seiner Strafe zu entziehen. Einer von ihnen, der Ingenieur Paul Hildebrandt, wird beschuldigt, die Begünstigung in gewinnlicher Absicht vorgenommen zu haben. Außer Hildebrandt sind in die Angelegenheit verwickelt: der Geschäftsführer Werner Kasperstein und der Rittergutsbesitzer Wilhelm D. Oppen. Es handelt sich um die Vorfälle, die seinerzeit zur Ermordung Großkoles führten.

Klassenjustiz!

Mordankläger Schmelzer aus der Haft entlassen!

Berlin, 31. Januar. (Eigener Bericht.) Der im Dresdener Torischlagsprozeß wegen Beihilfe zur Tötung zweier Reichsbannerleute zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilte Landwirt Paul Schmelzer ist am Dienstag plötzlich aus der Haft entlassen worden. Diese auffällige und unverhältnismäßige Maßnahme ist auf einen Beschluß der Strafkammer des Landgerichtes Frankfurt a. O. zurückzuführen und wird damit begründet, daß

Fluchtverdacht bei Schmelzer nicht vorliege. Der Frankfurter Oberstaatsanwalt Dr. Rothe hat gegen die Haftentlassung sofort Beschwerde eingelegt, indessen das Kammergericht bereits in den nächsten Tagen mit dem Beschluß des Frankfurter Schwurgerichts befaßt wird.

Fememörder Schulz im Gefängnis-Lazarett

Berlin, 31. Januar. (Eigener Bericht.) Der Fememörder Oberleutnant a. D. Schulz ist, entgegen der von einem Teile der deutschnationalen Presse veröffentlichten Mitteilung, nicht an einer Erkältung erkrankt. Er leidet vielmehr nach dem vorläufigen Ergebnis der in den letzten Tagen unter Leitung des Strafanstalts-Obermedizinalrats Dr. Bürger durchgeführten Untersuchung und Beobachtung an einer konstitutionellen Erkrankung, die weder mit der Überführung in die Strafanstalt Berlin-Moabit noch mit der Haft überhaupt in Zusammenhang steht. Zur weiteren Klärung bedarf es einer Röntgenaufnahme. Schulz ist zu diesem Zwecke in das Krankenhaus des Unterjünglingsgefängnisses Berlin-Moabit verlegt worden.

Wann wird er von dort ausweichen?

Ausbau des „Vorwärts“.

Das Abendblatt des „Vorwärts“ wird ab 15. Februar unter dem Namen „Der Abend, Spät Ausgabe des Vorwärts“, zwei Bogen stark mit Illustrationen erscheinen. Es handelt sich um eine Ausgestaltung unseres Zentralorgans, die seiner weiteren Verbreitung in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung Berlins dienen soll. Den Postabonnenten wird die Abendausgabe mit dem alten Kopf „Vorwärts, Abendausgabe“ zugestellt werden. Dies ist der Kern der zahllosen Sensationsgerüchte, die über die angebliche Gründung eines neuen sozialdemokratischen Blattes in Berlin verbreitet werden.

Die Umgestaltung des Abendblattes ist auf einen gemeinsamen Beschluß des Parteivorstandes und der Berliner Organisation zurückzuführen. Die Redaktion wird durch den Eintritt des Genossen Eugen Prager verstärkt.

Strafantrag gegen Schred.

Leipzig, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In dem Landesverratsprozeß gegen Schred und Genossen beantragte der Vertreter der Reichsanwaltschaft am Dienstag für Schred zehn Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrenrechtsverlust, für Schulz sechs Monate Gefängnis und für Koch zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust.

Verbot einer nationalsozialistischen Versammlung in Düsseldorf.

Düsseldorf, 31. Januar. Eine von der nationalsozialistischen Arbeiterpartei für heute einberufene Massenversammlung gegen die Verurteilung von Oberleutnant Schulz und Genossen ist vom Düsseldorfer Polizeipräsidenten auf Grund von § 14 Abs. 1 des Republikstrafgesetzes verboten worden. In der Verurteilung sollte Dr. Ley-Loverkusen sprechen, der im vergangenen November wegen Beigebung der republikanischen Staatsform von der Düsseldorfer Strafkammer zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war.

Der Name Ley ist eine Verkrümmelung des Namens Lehn, für einen Hitlermann eine reizende Sache.

Genosse Heimerich Oberbürgermeister von Mannheim.

Mannheim, 30. Januar. Der sozialdemokratische Bürgermeister Dr. Heimerich Heimerich wurde am Montag mit 64 von 111 Stimmen zum Oberbürgermeister von Mannheim gewählt. Damit ist jetzt der Oberbürgermeister und der dritte Bürgermeister von Mannheim Sozialdemokrat.

Außenpolitische Debatte in Frankreich

Die Deutschnationalen als Nothelfer der französischen Nationalisten.

Paris, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die mit Spannung erwartete außenpolitische Debatte im Senat wurde am Dienstag durch ein Exposé des Vorsitzenden der Auswärtigen Kommission Hubert eingeleitet. Trotz der Friedensversicherungen sei der Geist des Nationalismus immer noch lebendig, der politische Horizont Europas von Wolken bedeckt.

Der deutsche Außenminister, der seinem Lande die volle Freiheit wiedergeben wolle, habe am Montag erklärt, daß er die Räumung des besetzten Gebietes nicht durch neue, über den Verfall der Vertrag hinausgehende Verpflichtungen erkaufen werde. Es sei neu, daß Frankreich über den Friedensvertrag hinausgehen wolle, da es doch immer in seinen Verträgen geblieben wäre. Hubert glaubt nicht, daß Locarno den Friedensvertrag aufgehoben habe. Man müsse ihn vielmehr im Geiste der Locarno-Abkommen zur Anwendung bringen. Aber auch unter den Siegern seien Schwierigkeiten aufgetaucht. Die Friedensverträge hätten wohl keine Nation befriedigt. Zwischen Frankreich und Italien seien Mißverständnisse entstanden, die beseitigt werden müßten.

Inbezug auf die Antikriegspaktverhandlungen mit Amerika bemerkte Hubert, daß die Tatsache, daß

der Krieg dem Sieger wie dem Besiegten unermesslichen Schaden zufüge, nicht ausreiche, die Möglichkeit von Kriegen für immer auszuschließen. Das Genfer Protokoll habe diese Frage auch nicht gelöst, denn es lasse dem Krieg eine Tür offen. Das Protokoll von 1924 wäre hingegen befriedigend gewesen; es sei aber durch den Widerstand der konservativen Regierung Englands zu Fall gekommen. Für Frankreich sei die These Paul Boncourts maßgebend. Ohne organisierte Arbitrage sei keine Sicherheit und ohne Sicherheit keine Abrüstung möglich. Stresemann jagte, daß Deutschland abgerüstet habe, aber die potenzielle Rüstungsstraße der deutschen Industrie sei furchtbar geblieben.

Der nächste Interpellant, der zur Rechten stehende Senator Ecard, bemühte sich um den Nachweis, daß die Politik in Deutschland in diametralen Gegensatz zu den von Stresemann in Genf und Locarno gegebenen Friedensversicherungen stehe. Er führte zum Beweis dafür lange Zitate aus den Reden deutschnationaler Minister an. Die Hindenburgs Königsberger Rede an. Auch die Aufwendungen, die Deutschland für seine Armee mache, zeigten deutlich, daß es nach wie vor, wenn nicht auf die Renançe, so doch zumindest auf einen Umsturz der durch den Friedensvertrag geschaffenen politischen Neuordnung Europas abziele.

Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes.

Paris, 31. Januar. Der Vorstand des beratenden Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes hat gestern unter dem Vorsitz von Theunis getagt und beschlossen, den Völkerbundsrat um Einberufung der ersten Tagung des Komitees auf den 14. Mai in Genf zu ersuchen.

Klassenjustiz in Rußland.

Wie die Stalinjustiz arbeitet. — Der Skandal Fjodoroff.

Der Sühler „Volkswille“ (das Blatt der kommunistischen Opposition) berichtet an Hand der „Pravda“ über einen aufsehenerregenden Prozeß, der in Moskau geführt wurde. Der Direktor der Moskauer Fabriken Elektro-Lampa („Lampel“), der ehemalige Monteur Fjodoroff, steht unter der Anklage des Sittlichkeitsverbrechens, des Mißbrauchs der ihm übertragenen gesellschaftlichen Machtmittel usw. Er hat sich besonders an seinen weiblichen Arbeiterinnen und Konfistinnen vergangen.

Nach der Anklageerzählung und dem mündlichen Bericht des Staatsanwalts war F. nach dem Siege der Oktoberrevolution vom Jahre 1919 ab Direktor der Elektro-Lampa, bis er eine ihm 1927 durch den Arbeitsnachweis zugewiesene Arbeiterin mit allen Mitteln zu einer geschlechtlichen Hingabe zwingen wollte. Die Arbeiterin stellte Strafantrag, und dabei stellten sich ganz tiefgehende sittliche und moralische Verfehlungen in der Umgebung des F. heraus.

F. hatte die letzten Jahre hindurch mit allen Mitteln unzählige Frauen psychisch zu vergewaltigen versucht und vergewaltigt,

hatte den schlimmsten moralischen und wirtschaftlichen Druck zur Erreichung seines Zieles angewandt und seine ihm von der Gesellschaft übertragene Macht nicht im Sinne der Vorwärtsentwicklung der proletarischen Gesellschaft, sondern zu ihrer unerhörten Diskreditierung gebraucht.

Bei der weiteren Verhandlung meldeten sich noch 36 Frauen, die jetzt noch in den ihm unterstellten Betrieben arbeiteten und die sämtlich durch F. zum Geschlechtsverkehr unter Androhung des Verlustes der Arbeitsstelle gezwungen worden waren.

Die Anklage stellte noch fest, daß F. alle Frauen ausgezeichnet kleidete, seine Frau durch eine glänzende Wohnungseinrichtung beherrschte, einige uneheliche Kinder hatte, sich noch Frauen aus der Krim mitbrachte usw.

Was sagt nun der Urteilslenker? Politisch gar nichts! F. wird lediglich zu zwei Jahren Gefängnis und dreijährigem Verlust seiner sämtlichen Rechte verurteilt.

Somit wird keine der wichtigsten, in den Vordergrund gerückten Fragen auch nur andeutungsweise behandelt und ausgearbeitet. Die wirtschaftlichen Gründe, die politischen Ursachen dieser Lotterwirtschaft werden nicht geklärt. Die Frage wird lediglich mechanisch, im bürokratischen Sinne behandelt. Der Vorsitzende dieses Volksgerichtes fühlt sich viel mehr als Klassenorgane des F., wie als Beauftragter seiner politischen Partei und der durch diese vertretenen proletarischen Klasse.

Er stellt nicht die Frage auf, warum die Arbeiterklasse Jahre um Jahre zu diesen Fragen schweigen, schweigen mußte, warum ihre Aktivität erlahmt war, warum Parteizelle und Betriebsrat kein Wort zu diesen ganzen Vorgängen sagten, obwohl sie ihnen bekannt waren, obwohl sie sich in voller Öffentlichkeit abspielten.

Der „Volkswille“ knüpft an diesen Bericht folgende Frage:

„Heute fragen wir in dieser Angelegenheit die zentrale Kontrollkommission und das Zentralkomitee der russischen Partei:

Ist diesen Instanzen bekannt, daß auf Anordnung des Stalinisten Uchanoff, Vorsitzenden des Moskauer Sowjets und damit Bürgermeister von Moskau, ehemaligen Präsidenten des russischen Elektro-Trustes und Vorgesetzten des Fjodoroff,

dieser F. nach einem Tage Haft aus dem Gefängnis entlassen werden mußte?“

Ein großes Schlaglicht, das dieser Prozeß auf die Tragödie der russischen Arbeiter wirft!

Zur Einsegnung

In besonders schöner Auswahl
Einsegnungs-Kleider
in crème Wolle, Crêpe de Chine, schwarz Samit
Preislagen: 13.50, 15.-, 18.-, 21.-, 24.- bis 48.- Mark
Prüfungs-Kleider * Strickjacken * Wäsche

In unserer Kleiderstoff-Ecke:
Wollstoffe crème und farbig in guten Qualitäten
Seiden Crêpe de Chine und Eoltenac
Samit 70 cm breit, flouret, Koperware

Besichtigen Sie bitte unser Spezial-Schaufenster



Die Lotzlan
Preußen-Lose I
Schlusziehung beginnt 8. Febr. und dauert 30 Tage
48000000
Mark harren der Gewinner!
Warum sollen Sie nicht darunter sein?
1/4 120.- 1/4 60.- 1/4 30.- 1/4 15.-
bei sofortiger Bestimmung
Verzinst auch geg. Nachzahlung
Arndt
Staatliche Lotteriebörse
Breslau 5, Eckh. Tauentzienpl. 1
Postcheck-Konto Breslau Nr. 2571

DRUCKSACHEN
BERÜCKSICHTIGEN INDUSTRIE UND HANDEL, KO-MUNAL- UND STAATSBÜRDEN, PARTEIVEREINE, GEWERKSCHAFTEN, KRANKENKASSEN, ARBEITERSPORT- UND VEREINIGUNGS-VEREINE DIE BUCHDRUCKEREI DER
VOLKSWACHT
BRESLAU 5, FLURSTRASSE 4-8

Centawen

SCHMIEDE BRÜCKE 70

Stadtheater
(Dombau)
Mittwoch
20 bis 22 Uhr:
12 Abent-Verstell.
Serie B
„Der Hebräer“
Donnerstag
20 bis 22 Uhr:
12 Abent-Verstell.
Serie F 4-20
Die Schneider
von Schönau
Freitag
21 bis 22 Uhr:
12 Abent-Verstell.
Serie C
„Die Bräutigam
von Stapepant“

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 3630.
Täglich 20 Uhr:
„Eine Frau
von
Format“
Sonntag nachm. 15 1/2 Uhr:
„Ich hab' mein Herz
in Heidelberg verloren“

Bohe-Theater
Tel. Ring 6774
Mittwoch u. Freitag,
21 Uhr:
Gottfried Lager Kästner
und seine Schauspieler
„Wagwag“ - Komödie
Komödie v. Bernard,
Miraube, Quinson
Donnerstag, 20 Uhr:
Gottfried Lager Kästner
und seine Schauspieler
„Die Wunderschöne“
Drama v. Rich. Dehmel
Sonntag, 21 Uhr:
Uraufführung!
„Trommelleder“
v. Wolfgang Döhring, bearbeitet
von Alfred Rosenheim

Thalia-Theater
Tel. Ring 6700.
Täglich 20 Uhr:
„Die Käse“
Sonntag, 20 Uhr:
„Im ersten Akt!“
„Das Komödianten-
paar“ durch das Theater-
paar: Josef Dörner

Circus Busch
Schauspiel
aus Bonn
Kunst- und
Akrobatik
Alte - Kunst
Ballet - Kunst
Stiere
Entscheidungsampf
Geflügel - Stierkampf

Masken
Theater-Kostüme
neue erstklassige
u. preisgekrönte
verleiht billig
Spezialhaus
Mauerstraße 50
Telefon Ohle 996

Lieblich-Theater
Mittwoch, 20 Uhr:
„Die Käse“
Donnerstag, 20 Uhr:
„Im ersten Akt!“
Freitag, 20 Uhr:
„Das Komödianten-
paar“

Partellreunde
Kauf an Bahnhöfen,
Kauf in Hotels,
Restaurants, Cafés
sich die
Vollmacht

Spezialtheater
Mittwoch, 20 Uhr:
„Die Käse“
Donnerstag, 20 Uhr:
„Im ersten Akt!“
Freitag, 20 Uhr:
„Das Komödianten-
paar“

Wetter - Mäntel
Gummimäntel
in großer Auswahl!
Oskar Dehmel
Sonntag 6

Wer eine saubere fettreiche halbbare gesunde Vollmilch haben will
verlange bei seinem Milchlieferanten Milch aus der
Molkereigenossenschaft Canis
Zweigmolkerei Breslau, Siebenstücker Straße 77-81
Offiz. 3052

Zwventwurf Ausverkauf

Morgen
Donnerstag
letzter
Tag

Äußerst preiswerte Schlußangebote!

- Damen-Hemdhose** 1.90
Baumwolle, elastisch ge-
wirkt, weiß od. zartfarbig,
mit Trägern. Mittelgröße Jetzt
- Küchenhandtücher** 75 Pf.
reißfest, grau-weiß
mit roten
gestreift. 48x100 cm.
Kanten. Stück Jetzt
- Einsatzhemd** 2.60
guter weicher Baumwoll-
trikot mit farbigen Zephir-
oder Pikee-Einsätzen. Jetzt
- Damen-Schlüpfer** 1.75
vorzüglicher Wintertrikot
mit ausgewebtem Futter,
praktische Farben. Jetzt
- Stubenhandtücher** 95 Pf.
halblein., solide Dreil-
gestreift. in Bandstreifen.
48x100 cm. Stück Jetzt
- Herrn-Trikothemd** 3.25
vorzügliche Makoqualität,
hellblau, mit doppelter
Brust. Mittelgröße Jetzt
- Damen-Schlüpfer** 2.85
maschinenfestes Atlastrikot,
gestreift, mit verstärktem
Schritt. Viele Farben. Jetzt
- Farbiges Oberhemd** 5.75
guter Fackel in modernen
Fantasie- o. Karomustern,
mit Klappmanschetten. Jetzt
- Damen-Unterkleid** 2.50
solider Kunstseidentrikot,
viele helle und dunkle
Farben. Jetzt
- Weißes Oberhemd** 5.90
gutes Wäschezeug mit in-
selbst gestreift. Batist- od.
Trikot-Einsatz u. Klapp-
manschetten. Jetzt
- Damen-Strümpfe** 1.35
1a Seidenstoff, mit kleinen
Schönheitsflecken,
modernen Farben. Paar Jetzt
- Selbstblinder** 1.25
Seidenpopelin od. Foulard-
seide in sparter Muster-
auswahl. Jetzt
- Damen-Pullover** 2.45
Kunstseide, gestreift, in
höchster Jacquardmuster.
Nur solange Vorrat. Jetzt
- Frauenhandtücher** 95 Pf.
in hübschen bunten Karo-
mustern, Indiantrenschle.
140/20 140/20 140/20
140/20 140/20 140/20
140/20 140/20 140/20
140/20 140/20 140/20
- Herrn-Handschuhe** 4.90
echt-Nappaleder, ganz ge-
stept, rotbraun, 1 Druck-
knopf. Jetzt
- Hauskleid** 2.25
bester gestreifter Zephir-
und
Rollspindel
Schleife. Jetzt
- Kaffeedecken** 1.45
in hübschen bunten Karo-
mustern, Indiantrenschle.
140/20 140/20 140/20
140/20 140/20 140/20
140/20 140/20 140/20
- Fantasia-Socken** 70 Pf.
halbbare Qualitäten in
spart. hübsch. Mustern,
aus 100% Baumwolle
Paar Jetzt



Lumberjack
aus gut. Zephirwolle
in hübsch. Jacquard-
mustern.
Für 2 Jahr 3.90
Jede weitere Größe
+ 0.50 mehr.

**Basken-
Mütze**
für Damen u. Kind.,
aus einfarbigem od.
buntgemustertem
Flausch-
stoff. Jetzt 2.00

Strickkleid
aus guter Zephir-
wolle in bun-
farbig. Jacquard-
muster. einfarb.
Faltenrock 7.75
Lec. 45 cm.
Jed. weiteren 5 cm
+ 1.25 mehr.

Berufs-Bekleidung für Damen

Schutzmantel a. gut. reingeb. Baumwollness., Jetzt 4.25
Schutzmantel aus gutem weiß. Linondaulas, Jetzt 5.25
Schutzmantel aus gutem schwarzen Zanella, Jetzt 6.30
Armschürze a. kräftig. weiß. Linondaulas, Jetzt 5.00

LEINENHAUS Dielschowsky

NIKOLAI-STR. BRESLAU ECKE HERREN-STR.

Lieblich-Theater
Otto Reutter
im Mittelpunkt
eines sensationellen Programms
von 10 international. Varieté-Größen

Zahlung für Geld
17. Jänner des Jahr, bei
3. März Kündigung, um meine
3 Gebote nach zu vergrößern.
Lippert, Geisrühre 16.

Wetter - Mäntel
Gummimäntel
in großer Auswahl!
Oskar Dehmel
Sonntag 6

Masken
Theater-Kostüme
neue erstklassige
u. preisgekrönte
verleiht billig
Spezialhaus
Mauerstraße 50
Telefon Ohle 996

Wappche - Läufer
ohne Anzahlung in
10 Monatsraten liefert
Leopoldhaus Bay & Glück
Frankfurt a. M.
Schreiben Sie sofort!

David: Referentenführer.
Eine Anleitung für sozialistische Redner.
Preis nur 50 Pf., auswärts 10 Pf. Porto.

Arbeitsmarkt
Eine saubere 4533
Wachfrau
kann sich melden. Offerten
unter A 113 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung erbeten.

Im Zeichen des Steinbocks!

Büdo

Ich behandle
die Klienten richtig. Ich bin der Schuh-
doktor. Meine Medizin heilt und wirkt
sofort. Falsch behandelte Schuhe wer-
den brüchig und verderben bald, wenn
nicht die richtige Arznei eingreift. Für
die Schuhe ist die beste Medizin die
Edelwachsopaste Büdo. Diese reine Ter-
pentinölwäre ist Balsam für das Leder
und macht es weich wie Samt. Zudem
hat die Büdodose einen praktischen
Öffner: Eine kleine Drehung - und
die Dose ist offen! Deshalb merke Dir:
Nimm
Büdo

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 1. Februar 1928.

Drei Tafelrunden.

Es war in jenen vergnüglichen Vormärztagen, in denen die hohe Politik noch nicht alle Gemüter beschäftigte, da fanden sich die Ratiborer gerne im „Abrehtshof“ ein, um bei einer „Salle“...

Über wer je in Ratibor gelebt hat, dem wird Breslau als Bekanntheit zu sein. So machte sich Kalisch auf nach Paris. Frankreichs Hauptstadt war damals der Sammelpunkt der Freiheitsbewegung.

In den Ruhestunden schrieb er kleine lustige Poesien, von denen die „Gimnasthunderttausend Taler“ betitelt, ihm den Namen des größten politischen Possendichters Berlins eintrug.

Und die Moral: von der Geschichte? Auch Stammtische haben ihre Bedeutung, wenn auch höfentlich nicht jeder mit dem Kladderadatsch endet.

Himmlicher Zorn

Es hat sich in einem von der katholischen Geistlichkeit Breslaus ausgegebenen „Johannes“ betitelten Blättchen aus, daß anläßlich der Predigtenwoche auch vielen Ungläubigen zugestimmt wird.

Die Unterhaltung geht dann noch eine Weile weiter, bis der Verfasser den Arbeiter reumütig erklären läßt, an der großen Beobachtung der katholischen Kirche wieder teilnehmen zu wollen.

Das Bedauerliche an dieser Unterhaltung mag ja nur sein, daß die Geschichte erbracht werden mußte, weil wirkliche Unterhaltungen zwischen ausgetretenen Arbeitern und Geistlichen immer einen anderen Verlauf nehmen.

Damit auch die Erwerbslosen kommen, schildert ein weiterer Aufsatz, wie sich die „Mutter Kirche um die Not der Erwerbslosen“ sorgt. Da haben in Breslau schon mehrfach Erwerbslosen-Gesellschaften stattgefunden, bei denen die Wahrheiten der heiligen Religion ihren bedrückten Seelen nahegebracht wurden.

Bleibt zu sagen, daß die katholische Geistlichkeit in Breslau ja genau wissen muß, ob es so Dumme gibt, die das alles glauben, zumal doch das Zentrum schon lange genug mit den „bekämpften“ Kapitalisten paktiert.

Das Jubiläumsgeschenk der Straßenbahner.

Der Finanzausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschloß gestern, daß den Straßenbahnern aus Anlaß des fünfundsiebzigjährigen Bestehens der städtischen Straßenbahn ein Geldgeschenk von 10 Mark zuteil werden soll.

„Die Weber.“

Im dunklen Abnehmerraum des Barchentfabrikanten Dreißiger stehen dicht gedrängt und geduldig die armen Weber, die ihre „Webe“ abliefern. Sie stehen... und stehen... Ueber ihr Wohl und Wehe entscheidet Pfeiffer, Dreißigers rechte Hand, ein innerlich und äußerlich geduckter Mensch.

Ein Rud geht durch die gedrückten Gestalten, der rothaarige Bäder ist gekommen, seine Webe abzuliefern. Pfeiffer prüft und prüft... die Arbeit gefällt ihm nicht. Er schüttet dies nur vor, um den von vornherein beabsichtigten Abzug zu begründen.

Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Nachricht vom halben Lohn unter den Webern. — Moritz Jäger ist aus der Stadt gekommen. Er war beim Militär. Zurück bei seinem Rittmeister.

Ein Kampf zwischen der Weberbevölkerung und den Soldaten entzündet sich. Die Soldaten müssen der Webermacht der empörten Menge weichen. Eine verirrte Kugel hat den alten Hilfe gestossen, lautlos sinkt er an seinem Weßstuhl nieder.

Dieser kurze Auschnitt aus der Filmhandlung soll den Besuchern der Gewerkschaftshaus-Vorstellungen schon im voraus zum Nachdenken Veranlassung geben. Beachten Sie bitte das heutige Inserat!

Die Kreisärzte der Stadt Breslau.

Bezirk I: Medizinrat Dr. Demke hält seine Sprechstunden werktäglich von 10-12 Uhr im Zimmer 24 des neuen Polizeigebäudes, Kurfürststraße 2/4, ab.

Bezirk II: Medizinrat Dr. von Kottay hält seine Sprechstunden werktäglich von 10-12 Uhr im Zimmer 322 des neuen Polizeigebäudes, Kurfürststraße 2/4, ab.

Bezirk III: Medizinrat Dr. Demkrowitz hält seine Sprechstunden werktäglich von 9-11 Uhr im Zimmer 84 des Regierungsgebäudes, Pflanzengasse, ab.

Salle! die Naturfreunde im Eulengebirge.

Unter diesem Titel veranstaltet die Ortsgruppe Breslau am Sonnabend, den 4. Februar und Montag, den 6. Februar, in allen Sälen des Gewerkschaftshauses ihr alljährlich wiederkehrendes Fest.

Schließung der Breslauer Betrugsfiliale.

Die Breslauer Filiale der Millionenbetrüger im Hause Poststraße 5 ist jetzt ebenfalls polizeilich geschlossen worden. Bei der gestern stattgefundenen Durchsuchung des Büros, bei der alle vorgefundenen Geschäftspapiere beschlagnahmt wurden, sind noch annähernd 1000 Mark Bargeld vorgefunden worden.

Wochenendfahrt in das Eulengebirge.

Der Schlesische Verkehrsband teilt uns mit, daß aus Anlaß des Internationalen Sprunglaufes auf der Sprungchanze an der Grenzbaude im Eulengebirge, der am Sonntag, dem 5. Februar, von 11.30 Uhr ab stattfindet, wiederum eine Wochenendfahrt mit Kraftwagen veranstaltet wird.

Warnung an Wohnungsuchende.

Der Untersuchungsrichter bei dem Landgericht schreibt uns: Die Gebrüder Hend, die in den Jahren 1926 und 1927 zahlreiche Wohnungsuchende, besonders aus den armen Kreisen, durch allerschand Vorpiegelungen um erhebliche Geldbeträge — bis zu 200 Mark — gebracht haben, sind nach mehrmonatiger Untersuchungshaft auf freien Fuß gesetzt worden.

Theater und Musik.

Orchesterkonzert. — Kammermusikabend.

Das Schlesische Landesorchester ist zahlenmäßig bedeutend verkleinert worden, was die Dirigenten dazu zwingt, sich mit ihrem Programm auf den dünneren Klang einzustellen.

Wie im Vorjahre veranstaltete die Breslauer Volkshöhe ein Konzert für Cembalo und Violine, diesmal im Mozartsaal, das recht gut besucht war. Das Interesse für den ausgestorbenen Vorgänger unseres Klaviers scheint also noch recht wach zu sein.

Die Unterhaltung geht dann noch eine Weile weiter, bis der Verfasser den Arbeiter reumütig erklären läßt, an der großen Beobachtung der katholischen Kirche wieder teilnehmen zu wollen.

Salle! — Salle!

Naturfreunde fest im Eulengebirge. Sonnabend, den 4. u. Montag, d. 6. Febr. in allen Sälen des Gewerkschaftshauses

Gebirgsdecoration. Schließter Sitzer :: Bandenzauber. Bavernabaret: Würfelspiele: Glücksräder. Touristen- und Wandertreff ist erwünscht. Beginn 7 Uhr Ende 2 Uhr

Vom Arbeitsgericht.

Wie man einen Betriebsrat beauftragt. Ein unerschütterliches Urteil.

Sich des — als Kontrollorgan unbenutzten — Betriebsrates zu entheben, ist gemeinhin das Streben aller Unternehmer, wobei man in der Auswahl der Mittel keineswegs sehr wählerisch zu sein pflegt.

In der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht wurde der Tatbestand, die der Geschäftsbüro von verschiedenen Zeugen bezeugt, Trophem stellte sich das Arbeitsgericht auf den formal juristischen, höchst anspruchsvollen Standpunkt, daß hier eine beherrschende Verletzung der — lange Zeit nicht angewendeten — Arbeitsordnung vorliege, die die Entlassung des Betriebsratsmitgliedes rechtfertige und wies die Klage auf Wiederinstellung ab.

Unseres Erachtens ist der Schutz des Betriebsratsgesetzes vom Gesetzgeber nicht so zu interpretieren, daß die Verletzung, einer nicht angewendeten, dem Betriebsrat nicht zur Kenntnis gebrachten Arbeitsordnung in einem überdies sachlich nicht bedeutungsvollen Falle bereits zur Entlassung des Betriebsrates berechtigt.

Vom Arbeitsgericht.

Tarifrecht bricht Betriebsvereinbarungen.

Als Beklagte standen vor dem Arbeitsgericht Breslau der Betriebsrat des Rittergutes Oberwitz. Der Arbeitgeber von Sch. hatte Klage erhoben, weil die Beklagte sich nach Abschluß des Landarbeitertariffes an die tarifliche Regelung der Arbeitszeit hielt, die nach dem § 7 Absatz 3 des Tarifes, abgesehen im März 1927, eine Mittagspause vorsehe.

Die Arbeiterschaft, freigewerkschaftlich organisiert, weigerte sich selbstverständlich teilzunehmen zu werden. So versuchte Herr von Sch. beim Arbeitsgericht seine Ansicht durchzubringen. Das Arbeitsgericht wies selbstverständlich die Klage ab, weil ja nach Abschluß eines Tarifvertrages alle ihm entgegenstehenden widerstehenden Vereinbarungen unwirksam werden.

Erkenntnis eines Großleichenwärters.

„Heute hat die Arbeitgeber die Ausgebildeten.“

Zu einer Zeit, in der fast jeder Unternehmensherr glaubt, in einer „Kollage“ zu sein, dürfen die Fleischermeister natürlich nicht fehlen. Wenn sie auch noch in keiner so kräftigen Weise wie ihre ländlichen Freunde gleichen Umfangs daraus unerschöpfliche Hordenschatze rekrutieren, so kann man doch, wenn es um Bezahlung ihrer Arbeitnehmer geht, ihre „Kollagen“ hören.

Eine Verkäuferin beim Fleischermeister A. machte, wie es leider in diesem Gewerbe trotz Arbeitslosigkeit noch immer üblich ist, oft Ungehörigkeiten. Da sie eine besondere Bezahlung dafür nicht erhielt, klagte sie mit Hilfe ihres Verbandes 162 Mark an den Arbeitsgericht ein. Hier glaubte nun der Beklagte, diese Klage zurückzuweisen zu können, da ein Schreiben der Jannag, das nach seiner Meinung einen Tarif enthalten sollte, ausschließlich Lebertranben vorsehe.

Rein Betriebsunfall.

Ueber eine Rechtsfrage verhandelte dieser Tage das Oberverwaltungsamt. Der Klagegegner lag folgender Sachverhalt zugrunde. Der Besitzer eines landwirtschaftlichen Anwesens ließ eines Tages mit dem Kade aus dem Gemeindefeld, um die Streifen zu begutten. Unterwegs wurde er überfahren und blieb tot liegen. Die Witwe verlangte aus die Hinterbliebenenrente, die ihr aber nicht zugesprochen wurde, weil der Betriebsunfall bei Verlassen des Anwesens den Unfall erlitten hätte.

Als der O.V. am 10. Januar 1928 in seinen Entscheidungen nicht anerkennen und nur zur Abweisung der Verurteilung mit folgender Begründung: Es liegt kein Betriebsunfall vor, da der Unfall nicht bei einer Handlung eingetreten sei, die dem eigentlichen Teil der Betriebsunfall unterliegt, es handelt sich hier um ein ausserbetriebliches Ereignis.

Sozialdemokratische Partei. Gewerkschaftshaus, Zimmer 26. Telefon: Obli 682.

Erweiterter Parteivorstand, nächste Sitzung am Dienstag, dem 7. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 26. Folgt es alle für diesen Tag frei.

Zentralveranstaltungen im Februar: 5. Februar: Vortragsabend: „Die Machtverhältnisse der europäischen Staaten“. 1. Abend: Polen und Litauen. Referent: R. Ludwig. 8. Februar: Funktionärsabend: „Das Programm der 3. Internationale“. Referent: J. V. v. P. 12. Februar: Veränderung nach der Partei. 18. und 19. Februar: Wochenabschluss: „Kolonialpolitik und Arbeiterfrage“. Referent: G. Engelbert Graf.

Sozialistische Jugendvereine. 20. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Sozialistische Arbeitervereine. 20. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Freigewerkschaftliche Jugendpartei. 2. Februar: Vortragsabend: „Die Forderungen der Sozialistischen Jugend-Internationale. 1. Abend: Die deutsche Arbeiterjugend“. Referent: J. Obli.

Witterlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krieger bei Breslau.

Wraut ist das Zentrum einer kräftigen Störung bis Schottland ausgehend. Mit der weiteren Ostwärtsbewegung dieser neuen Störung 7 C. bis es in den Subtropenländern wiederum zu einer Störung kommen, und wir haben daher nach nebligwolkigen Wetter zunächst mit Aufhellung, Abkühlung und milden Tagestemperaturen zu rechnen.

Witterlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krieger bei Breslau. (Standort auch mit Quellangaben verbunden.)

Table with columns: Datum, Temperatur, Wind, etc. for various locations like Breslau, Glatz, etc.

Das Wetter im Gebirge.

Von den nachfolgenden Stationen werden der Reihe nach Angaben gemacht über: Schneehöhe, Neuschnee, Schneehaltigkeit, Spürwindrichtung.

Wasserstand.

Table with columns: Station, Wasserstand, etc. for various locations like Kattowitz, etc.

Schauspielprogramm 216.

Nicht weniger als 16 Anklagen hängen auf der Anklagebank vor dem Schörrichter am 1. Februar wegen Verbrechen gegen das heimische Leben in der Provinz. Die Hauptangeklagte war eine Ehefrau M., der gewerkschaftliche Streikführer zur Last gelegt wurde.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele.

Mittwoch, den 1. Februar. Donnerstag, den 2. Februar. Freitag, den 3. Februar. je 2 Vorstellungen 8 und 8 Uhr.

Gerhart Hauptmanns Schauspiel „Die Weber“.

im Film! Für Jugend verboten. Einleitplatz 50 Pf. Erwerblos bis 5 Uhr nur 25 Pf. Jeder Eintrittsgeld nach diesem gemäßigten Plan gesehen haben.

Im Film! Für Jugend verboten. Einleitplatz 50 Pf. Erwerblos bis 5 Uhr nur 25 Pf. Jeder Eintrittsgeld nach diesem gemäßigten Plan gesehen haben.

„Die Weber“.

Im Film! Für Jugend verboten. Einleitplatz 50 Pf. Erwerblos bis 5 Uhr nur 25 Pf. Jeder Eintrittsgeld nach diesem gemäßigten Plan gesehen haben.

Im Film! Für Jugend verboten. Einleitplatz 50 Pf. Erwerblos bis 5 Uhr nur 25 Pf. Jeder Eintrittsgeld nach diesem gemäßigten Plan gesehen haben.

Eine Bettreise für alle Leser der „Volkswacht“.

Die Bettreise für alle Leser der „Volkswacht“ ist ein Projekt, das die Leser der Zeitung einladen soll, eine Bettreise zu machen.

Die Bettreise für alle Leser der „Volkswacht“ ist ein Projekt, das die Leser der Zeitung einladen soll, eine Bettreise zu machen.

Samelbescheinigung.

Samelbescheinigung für die Leser der „Volkswacht“ ist ein Dokument, das die Leser der Zeitung einladen soll, eine Bettreise zu machen.

Samelbescheinigung für die Leser der „Volkswacht“ ist ein Dokument, das die Leser der Zeitung einladen soll, eine Bettreise zu machen.

Gewerkschaftsbewegung.

Zusatzrentenverföhrung.

Ein Erfolg für die Reichs- und Staatsarbeiter.

Bereits im Jahre 1920 hatte der Verband der Gemeindef- und Staatsarbeiter an die Reichs- und Länderregierungen den Antrag gestellt, für ihre Lohn- und Gehaltssteigerung eine Ruhe- und Hinterbliebenenversorgungskasse zu schaffen. Unzählige Verhandlungen haben seitdem stattgefunden, ohne irgendwelchen positiven Erfolg. Jetzt endlich, nachdem besonders bei den Länderregierungen verschiedene Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt worden waren, ist die Verwirklichung einer solchen Kasse gelungen. Sie erhielt den Namen „Zusatzrentenverföhrungskasse des Reichs und der Länder“. Es handelt sich also nicht um eine von den Organisationsgewerkschaften gewünschte Ruhe- und Hinterbliebenenversorgungskasse, sondern nur um eine Zusatzrentenverföhrung.

Die Anstalt ist eine Einrichtung des öffentlichen Rechts und hat ihren Sitz in Berlin. Die Aufsicht unterliegt dem Reichsfinanzminister im Einvernehmen mit den beteiligten Landesverwaltungen. Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden und sechs Beisitzern. Der Vorsitzende und drei Beisitzer werden vom Reichsfinanzminister ernannt, drei Beisitzer werden vom Aufsichtsrat aus dem Kreise der Pflichtmitglieder gewählt. In ähnlicher Weise vollzieht sich auch der Aufbau der übrigen Organe. Der Aufsichtsrat besteht aus dem Vorstand, aus einem Vorsitzenden und 20 ernannten, bzw. gewählten Mitgliedern. Vorgesetzt ist Pflicht- und freiwillige Mitgliedschaft. Pflichtmitglieder können alle die noch nicht 40 Jahre alten, dauernd in unmittelbarem Dienst der arbeitgebenden Verwaltungen stehenden Arbeiter beider Geschlechter werden, sofern sie mindestens 1872 Stunden im Jahre beschäftigt sind; über Ausnahmen entscheidet die arbeitgebende Verwaltung. Freiwillige Mitglieder können werden: alle noch nicht 45 Jahre alten Arbeiter, die eine Gesamtarbeitsleistung im Jahre aufzuweisen haben, die zwischen 900 und 1872 Arbeitsstunden liegt; ferner die in das Beamtenverhältnis übernommenen Pflichtmitglieder und schließlich solche, die ohne ihr Selbstverschulden zur Entlassung gekommen sind oder der Anstalt mindestens 10 Jahre angehört haben. Beim Beginn der Mitgliedschaft ist ein Beitrag in Höhe von zwei Mark zu bezahlen. Zum Zwecke der Beitragsleistung werden die Mitglieder in neun verschiedene Lohnstufen bzw. Einkommensstufen — von 520 bis 2600 Mark und darüber — eingeteilt; diesen Einkommensstufen wird ein durchschnittliches rechnungsmäßiges Einkommen von 20 bis 2800 Mark zugrundegelegt. Die Beiträge, die erst noch festgelegt werden müssen, werden zu 1/3 von der arbeitgebenden Verwaltung und zu 2/3 von den Arbeitnehmern bestritten; freiwillige Mitglieder haben die vollen Beiträge zu entrichten.

Die Leistungen der Anstalt erstrecken sich auf Zusatzrente, Witwenrente, Waisenrente, Sterbegeld. Der Grundbeitrag der jährlichen Zusatzrente beträgt nach Versicherungsstufen gemäß und mit 200 Mark in der Stufe I beginnend, bis 700 Mark in der Stufe IX. Dazu kommen jährliche Steigerungsbeträge in Höhe von 1 bis 2% des rechnungsmäßigen Einkommens der jeweiligen Klassen, in der sich der Versicherte befindet. Die Witwenrente beträgt 50 Prozent der Zusatzrente, die Rente für einfache Waisen die Hälfte, für Vollwaisen die 2/3 der Witwenrente. Voraussetzung für die Gewährung familiärer Leistungen ist eine fünfjährige Mitgliedschaft, bzw. die Einweisung in den Bezug der Invalidenrente. Das Sterbegeld beträgt je nach Versicherungsstufe 100 bis zu 350 Mark.

In den Heberungsbestimmungen ist nach festgelegt, daß beim Zeitpunkt des Inkrafttretens alle bei der Reichs- und Landesregierungen im Dienst stehenden Arbeiter, auch wenn sie das 45. Lebensjahr überschritten haben, Pflichtmitglieder der Anstalt werden können. Für die Aufnahme von Mitgliedern bereits bestehender Arbeiter-Revisionsklassen sind entsprechende Vereinbarungen notwendig. Auf alle Leistungen der Kasse besteht Rechtsanspruch.

Eine Lücke ist leider noch vorhanden: Was wird mit den Arbeitern, die heute schon infolge ihres Alters den Dienst kaum mehr versehen können, andererseits aber, selbst wenn sie der Kasse jetzt beitreten, keine Aussicht haben, die fünfjährige Karenzzeit zur Erlangung von Unterstützung noch erfüllen zu können? Es ist Pflicht der Reichs- und Landesregierungen, bzw. der einzelnen Parlamente, hier noch nachzuhelfen. Auch sonst ist in den Bestimmungen noch mancher Wunsch der Arbeitnehmer unberücksichtigt geblieben. Trotzdem bedeutet die Einführung der Kasse einen schönen Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit.

Totgestellt.

Die letzten Kommunisten aus der Verwaltung des Stadt-gartener Metallarbeiterverbandes herausgewählt.

In Smünd, der Zentrale der württembergischen Eisen- und Metallindustrie, das als eine der sogenannten Kommunistenhochburgen galt, fand am Sonntag die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Bei der Neuwahl der örtlichen Leitung wurden die letzten Kommunisten herausgewählt, so daß die Ortsverwaltung jetzt ganz in den Händen der Amsterdamer Richtung ist.

Kommunistische Gewerkschaftsstrategie.

An ihren Früchten sollt ihr erkennen — die kommunistischen Gewerkschaftsstrategen. In Mitteldeutschland machen sie zur Zeit verzweifelte Anstrengungen, um den Kampf der Metallarbeiter zu einer Pleite zu machen. Was die großen Strategen dort fertig bringen, wo sie das Heft allein in der Hand haben, zeigen ihre Leistungen in Lothringen, über die jedoch die Arbeiterpresse des Saargebietes einige interessante Mitteilungen macht.

„In Lothringen.“ so schreibt die sozialdemokratische Volksstimme in Saarbrücken, „gibt es keine freien Gewerkschaften. Das Feld beherrschen die kommunistischen Gewerkschaften und neben ihnen in schwächerem Umfang die sogenannten Christen. Diese die Kommunisten, wenn sie die Führung der Gewerkschaften, wie in Lothringen, in der Hand haben, zu leiten vermögen, ergibt sich am besten aus einer Gegenüberstellung ihrer kommunistischen Gewerkschaftsleistung in Lothringen mit denen der freien Gewerkschaften im Saargebiet: in Lothringen ist der Lohn tiefer als im Saargebiet, die Arbeitszeit ist länger, einen eigentlichen Tarifvertrag, der die Arbeitsverhältnisse von Grund aus festlegt und darüber hinaus einen gewissen Schutz gibt es dort nicht; die Verhältnisse im Bereich der Sozialversicherung sind direkt demütigend. Daneben ist es den Kommunisten nicht gelungen, das Vertrauen der lothringischen Arbeiter wiederzugewinnen, so daß Unorganisiertes und Streikbrecher nirgendwo so oft anzutreffen sind, als unter den kommunistischen Bergarbeitern Lothringens, und daß nirgendwo die Gewerkschaften der Korruption von Seiten der Unternehmer so zugänglich sind wie in Lothringen. Kurz: Das Risiko der kommunistischen Gewerkschaftspolitik in Lothringen ist so vollkommen als nur möglich.“

Konferenz der technischen Bergbauangestellten des Ruhrreviers.

Die Schichtführer des Bundes der technischen Angestellten, der Beamten der größten Organisationen der Bergbauangestellten, von allen Teilen des Ruhrgebietes waren am Sonntag in Essen versammelt, um zu den gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen im Ruhrbergbau Stellung zu nehmen. Der Generalsekretär referierte über die Entwicklung der Gewerkschaft, über die Auswirkungen des Reichsarbeitskongresses sowie über das Beamtenverhältnis. Er erklärte, daß sich sowohl hinsichtlich der Entwicklung als auch der Wirtschaftlichkeit der Bergbauangestellten, die für die technischen Bergbauangestellten

nicht mehr erträglich seien. In der Aussprache nahmen die Referenten, über die auf vielen Schichtanlagen den Angehörigen zuzuschreibende schlechte Behandlung, einen breiten Raum ein. Scharf verurteilt wurde der bärische Umgangston der Vorgesetzten, Schlägen und Streichungen von Leistungszulagen, sowie die überaus lange Arbeitszeit infolge Ausführung unnötiger Schichtarbeiten. Die Konferenz nahm eine Entschließung an, in der eine Erhöhung der im Januar 1927 festgesetzten Gehälter gefordert und ein gelegentliches Verbot der Revier- bzw. Individualprämien, sowie eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit und Bezahlung der Heber- und Sonntagsarbeit gefordert wird. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, den Gehaltstarif und das Mehrarbeitsabkommen zunächst den Angestelltenverbänden zu gebener Zeit zu kündigen.

Die Konferenz beschäftigte sich dann noch eingehend mit den bevorstehenden Betriebsratswahlen. Anschließend referierte der Vorsitzende des Angestelltenabteilungsverbandes der Reichs-Knappschafft. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, für die Beseitigung der in der Anstalt-Benachteiligung empfindenen Empden des Krieges und der Inflation einzutreten. Die Konferenz forderte weiter, daß das Reich zur Behebung der Finanznot der Angestellten-Pensionisten eine Beihilfe aus öffentlichen Mitteln beisteuert.

Erwerbslosendemonstration in Posen.

Warschau, 31. Januar. Wie aus Posen gemeldet wird, kam es dort gestern mittag auf dem Altmarkt zu großen Kundgebungen von Erwerbslosen. Polizei zu Pferde und zu Fuß gelang es nach mehrmaligem Vorgehen, die Demonstranten zu zerstreuen.

Jahresversammlung des Deutschen Verkehrsverbundes.

Die Ortsgruppe Breslau des Deutschen Verkehrsverbundes hatte für Montag im Gewerkschaftshaus zu ihrer Generalversammlung einberufen, in der Rückschau über die geleistete Arbeit im vergangenen Jahre gehalten wurde. Kollege Senf, der in ausführlicher, übersichtlicher Weise über die rege Tätigkeit der Organisation berichtete, konnte auch an Hand eines größeren Zahlenmaterials auf erfolgreiche Arbeiten hinweisen. Neben einer umfangreichen Ausrüstung von Schriftsachen mit Eingaben an Behörden und Gerichte konnten auch ca. 500 Mitglieder in verschiedenen Streitfällen beim Arbeits- und Amtsgericht vertreten werden. In 81 Fällen wurde Mitgliedern Rechtsschutz gewährt. Diese Zahl beweist so recht, wie legerreich die gewerkschaftliche Organisation für die in dem gefährdeten verantwortlichen Verkehrsgewerbe Tätigen ist, erfordert doch so ein Rechtsschutzfall Kosten, die den Mitgliedsbeitrag von ein bis zwei Jahren ausmachen. Im Verlaufe des Jahres wurden 27 Lohnbewegungen im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe und in der Industrie durchgeführt. Sie waren in manchen Zweigen

nicht erfolgreich genug, wo die Zahl der Beschäftigten in einem ungeordneten Verhältnis zur Zahl der Organisierten steht, während für verschiedene besser organisierte Kategorien Lohn-erhöhungen und außerordentliche Zulagen durchgeföhrt werden konnten, zum Beispiel für die im Zeitungsgewerbe Beschäftigten, die Kraftfahrer, das Speditionsgewerbe und die Straßenbahner. Obwohl die letzteren auch in größerer Anzahl schriftlich organisiert sind und die schriftliche Gewerkschaft einen schmutzigen Kampf gegen den Verkehrsverbund führte, war es möglich, die Lohn-erhöhung durchzuführen. Die Frage der Verflechtung des Deutschen Verkehrsverbundes mit dem Einheitsverband der Eisenbahner und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu einer Einheitsorganisation, ist im vergangenen Jahre ebenfalls soweit bearbeitet worden, daß die Verbandstage dieser drei freien Gewerkschaften in diesem Jahre zu entscheiden haben werden. Mit dem Wunsch, daß die Verflechtung vollzogen werden möge, wodurch ein Einheitsverband geschaffen würde, der als einer der wichtigsten Faktoren unseres Wirtschaftslebens anzusprechen wäre, schloß Kollege Senf seinen Bericht, den Kollege Büdner in bezug auf die Kassenverhältnisse ergänzte. Er konnte berichten, daß es möglich gewesen sei, die Mitgliederzahl sehr wesentlich zu steigern und einen günstigen Kassenabchluß zu erzielen.

Auf Antrag der Revisionskommission wurde der Ortsverwaltung von der Versammlung einstimmig Entlastung erteilt. Anschließend wurde der Gauverband nach den Vorschlägen der einzelnen Berufsgruppen gewählt. Er setzt sich aus den Kollegen Adam, Blaschel, Brückner, Krause, Neuchter, Berger, Sad, Spahn, Tiede, Raybilli und Zimmerer zusammen. Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung wurden die Kollegen Senf als erster Kennamündigster, Göhlich als Stellvertreter, Brückner als Kassierer und W. Ständer als Schriftführer wiedergewählt. Auch die Revisionskommission, bestehend aus den Kollegen Winter, Neugebauer und Scholz, wurde wiedergewählt und durch die Wahl des Kollegen Abend ergänzt.

Zum Schluß forderte Kollege Senf zu dem Besuch der Ausstellung „Deutschland-Österreich“ des Wiener Gewerkschafts- und Wirtschaftsmuseums auf, die auf Veranlassung des Arbeiter-Bildungsausschusses vom 9. bis 28. Februar nach Breslau kommt.

Um eine einheitliche internationale Regelung der Dienst- und Ruhezeitbestimmungen für das Eisenbahn- und Straßenbahnpersonal sowie für die Chauffeure auf der Basis der 48-Stundenwoche herbeizuföhren, soll die Transportarbeiter-Internationale beim Genfer Internationalen Arbeitsamt vor- gestellt werden. Die Niederländische Vereinigung des Eisenbahn- und Straßenbahnpersonals wird zu diesem Zweck einen entsprechenden Antrag beim Stockholmer Kongress der Transportarbeiter-Internationale unterbreiten. Man denkt an eine Konferenz von Regierungsvertretern, Betriebsleitern und Arbeitnehmern, um eine einheitliche Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Washingtoner Abkommens zu sichern.

Wohnungsnot in den Großstädten.

In 18740 Wohnungen sind 56772 Haushaltungen untergebracht.

Das Reichsstatistische Amt veröffentlicht jetzt die Ergebnisse der Reichswohnungs-zählung vom 16. Mai 1927 in den deutschen Großstädten. Auf Grund der vorläufigen Ergebnisse der Reichs-Wohnungs-zählung konnte bereits festgestellt werden, daß im allgemeinen die Wohnungsnot mit der Größe der Gemeinden wächst und in den Großstädten ihren Höhepunkt erreicht. Auf je 100 Wohnungen in Gemeinden mit 5000 bis unter 20 000 Einwohnern kamen für den Stichtag des 16. Mai 1927 insgesamt 6,3 Haushaltungen oder Familien ohne eigene Wohnung, in Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern 7,8, in Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern 9,1 und in Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern jedoch 10,3. Danach ist die Wohnungsnot in den Großstädten doppelt so groß als in den Gemeinden mit 5000 bis 20 000 Einwohnern.

Durch die Reichswohnungs-zählung wurden in sämtlichen 46 Großstädten 4,5 Millionen bewohnte Wohnungen festgestellt. Davon waren 4,2 Millionen (gleich 93 Prozent) Altwohnungen, und 320 000 (gleich 7 Prozent) Neuwohnungen. Mehr als die Hälfte aller Wohnungen (51 Prozent) besteht aus Kleinwohnungen mit 1 bis 3 Räumen, an zweiter Stelle (42 Prozent) stehen die Mittelwohnungen mit 4 bis 6 Räumen. Die restlichen 7 Prozent entfallen auf die Großwohnungen mit 7 und mehr Räumen. Bei den Neuwohnungen selbst umfassen die Kleinwohnungen nur ein reichliches Drittel (35,5 Prozent) der Gesamtzahl. Die Mittelwohnungen machen dagegen 57 Prozent aus. Die Reichswohnungs-zählung hat also ergeben, daß die Baupolitik in den letzten Jahren falsch war. Man hat zu große Wohnungen gebaut, die für die Menge der Wohnungssucher nicht in Frage kommen. Auf Grund dieser Tatsache darf man aber natürlich nicht in den anderen Fehler verfallen und die Wohnfläche allzu sehr einschränken, wie man das gegenwärtig im Reichsarbeitsministerium plant.

In den bewohnten Wohnungen befanden sich insgesamt 4,9 Millionen Haushaltungen mit 18,8 Millionen Personen. Bei der Reichswohnungs-zählung wurde zwischen Wohnungs-einhabern nebst ihren Angehörigen und den Untermietern einschließlich der unentgeltlich aufgenommenen Mitbewohner unterschieden. Auf die erste Gruppe entfallen 14,8 Millionen Personen (gleich 88,8 Prozent) und auf die zweite Gruppe 2 Millionen Personen (gleich 12 Prozent). Annähernd ein Drittel der großstädtischen Bevölkerung wohnt somit zu Untermiete. Die sogenannten Zimmerherren, Schlaglöcher usw. machen 37 Prozent der in Untermiete lebenden Personen aus. Das viel erörterte Kostgängerwesen scheint sich demnach unter Einfluß der Wohnungsnot in den Großstädten bedeutend vermehrt zu haben. Von familiären Haushaltungen (4,9 Millionen) wurden 431 000 als wohnungslose Haushaltungen und Familien festgestellt, jedoch auf jede neunte bis zehnte Wohnung eine Haushaltung oder Familie ohne eigene Wohnung entfällt.

Wichtig für die Beurteilung der sozialen Gefahren der Wohnungsnot ist die Feststellung, wie sich Wohnungs-einhaber und Untermieter auf die einzelnen vorhandenen Wohnungen verteilen. Aus den Ergebnissen der Reichswohnungs-zählung in den deutschen Großstädten geht hervor, daß rund vier Fünftel (gleich 89,3 Prozent) aller Wohnungen ausschließlich vom Wohnungsinhaber und seinen Angehörigen bewohnt werden. Dementsprechend sind von den in familiären Wohnungen lebenden Bewohnern noch annähernd drei Viertel (gleich 73,4 Prozent) im Genuß einer eigenen Wohnung ohne fremde oder verwandte Untermieter. In etwas mehr als einem Zehntel der Wohnungen befinden sich neben dem Wohnungsinhaber aufgenommene Einzelpersonen (Zimmerherren, Schlaglöcher usw.). In dem letzten Teil für die Wohnungswirtschaft wichtigsten Zehntel aller Wohnungen leben die Inhaber mit wohnungslosen Haushaltungen oder Familien zusammen. Der häufigste Fall ist, daß zwei Haushaltungen eine Wohnung gemeinsam bewohnen (7,3 Prozent der Wohnungen); mit einer aufgenommenen Familie neben der Haushaltung des Wohnungsinhabers sind 2,8 Prozent der Wohnungen belegt. In 0,4 Prozent aller Wohnungen wohnen drei oder mehr Haushaltungen zusammen. Die Aufstellung zeigt, daß die fürchtbare Wohnungsnot in den Großstädten vor allem die Vermissten der Armen trifft. Die Reichswohnungs-zählung ergibt auch, daß Haushaltungen ohne eigene Hauswirtschaft vorhanden sind, was früher nicht festzustellen war. Bezeichnend für den Grad der Wohnungsnot in den großstädtischen Verhältnissen ist, daß in 18 740 Wohnungen 56 772 Haushaltungen zusammen wohnen, in einzelnen Fällen wurden Wohnungen von zwei und mehr Haushaltungen bewohnt. Derartige Fälle wurden schon festgestellt.

Während vor dem Kriege in den Großstädten etwa 2 Prozent der Wohnungen mit zwei oder mehr Haushaltungen belegt waren, finden sich heute in 10 Prozent der Wohnungen der Großstädte Haushaltungen oder Familien ohne eigene Wohnung. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Leerwohnungsbestand vor dem Kriege durchschnittlich 2 bis 3 Prozent betrug. Nach der Statistik ist der Leerwohnungsbestand heute auf 0,4 bis 0,3 Prozent herabgesunken. Da es sich aber um unbewohnte Räume handelt, ist ein Leerwohnungsbestand heute in Wirklichkeit nicht vorhanden.

Die Statistik ergibt weiter, daß in den Kleinwohnungen (51 Prozent aller Wohnungen) 45 Prozent der Bevölkerung leben. Auf die Mittelwohnungen (42 Prozent) entfallen 45 Prozent und auf die Großwohnungen (7 Prozent) 10 Prozent der Bevölkerung. Die Wohnbedichte, also die Zahl der auf einen Wohnraum entfallenden Personen, nimmt mit der Größe der Wohnung ab. Die große Masse der wohnungslosen Haushaltungen und Familien (rund 86 Prozent) ist in Mittel- und Kleinwohnungen untergebracht, und zwar entfallen rund 56 Prozent auf Mittelwohnungen und rund 30 Prozent auf Kleinwohnungen (größtenteils auf solche mit drei Räumen). Demgegenüber ist festzustellen, daß 495 000 (gleich 11 Prozent) Wohnungen im Besitze von Einzelpersonen sind. Am dichtesten ist die Bevölkerung in Wohnungen mit einem Wohnraum zusammengedrängt, wo durchschnittlich nahezu zwei Personen mit einem gemeinsamen Räume vorlieb nehmen müssen. In Wohnungen mit 2 Räumen entfallen auf 1 Wohnraum 1 1/2 Personen, in Wohnungen mit 3 Räumen 1,2 Personen. Erst von der Größenklasse der Wohnung mit 4 bis 6 Räumen ab kommt im Durchschnitt auf einen Raum nicht mehr als eine Person. In den Großwohnungen werden die Verhältnisse noch günstiger, da hier für jede Person mehr als ein Raum zur Verfügung steht. Am niedrigsten ist die Wohnbedichte in Wohnungen ohne Untermieter (3,4 Bewohner pro eine Wohnung). Sie steigt bei den Wohnungen mit aufgenommenen Einzelpersonen bereits auf 4 und erreicht bei den Wohnungen mit aufgenommenen Familien oder Haushaltungen 5,6 Personen pro Wohnung.

Aus den Wohnungsverhältnissen in den deutschen Großstädten kann man nicht auf den endgültigen Wohnungsbedarf schließen. Da die Statistik aber die Zahl der Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung in 46 Großstädten mit 481 000 angibt, ist anzunehmen, daß die Ziffer des Reichsarbeitsministeriums (600 000) zu niedrig gegriffen ist, während die von den Gewerkschaften genannte Ziffer (1,1 bis 1,2 Millionen) durch das Ergebnis der Wohnungs-zählung stark an Wahrscheinlichkeit gewinnt.

Der Viehbestand Preußens im Dezember 1927.

Durch die Viehzählung vom 1. Dezember 1927 wurden im Freistaat Preußen 2 617 000 Pferde festgestellt; der Rindviehbestand betrug 10 085 000 Stück. Gegenüber der Zählung im Jahre 1926 ergibt sich eine Vermehrung um 500 000 Stück = 5 Prozent. Verglichen mit dem Vorkriegsjahre ist der Bestand immer noch um 207 000 geringer als im Jahre 1918. Der Schweinebestand hat sich von 12 200 000 im Dezember 1926 auf 15 800 000 gehoben. Die Zunahme beträgt rund 18 Prozent.

Seitdividenden. Die Gläubiger-Badische Koll-fabrikation A.-G. in Berlin wird für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende in Höhe von 7 Prozent verteilen. Die Gesellschaft bliebt im Vorjahre dividendenlos.

Die neue polnische Inrentenleihe im Gesamtbetrag von 50 Millionen Pfund in Stück zu 100 Pfund hat am 21. d. Mts. die endgültige Genehmigung des Reichspräsidenten gefunden. Die neue Inrentenleihe, die mit 4 Prozent verzinst und innerhalb von zehn Jahren zurückgezahlt werden soll, ist für Investitionszwecke des Staates bestimmt und durch dessen gesamtes bewegliches und unbewegliches Vermögen garantiert. Die Prämienauszahlung sind jährlich am 1. April und 1. Oktober fällig. Die Auslegung dürfte alsbald erfolgen, da als erster Auszahlungstermin schon der 1. April 1928 vorgelesen ist.

Kukirol
besitzt schmerzlicher und schmerzlos
Hühneraugen
Packung 75 Pfg.
Vielmüllentisch bewahrt

Arbeiter-Sport.

Handball-Serienspiele am Sonntag, den 5. Februar:
Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Gegner, Platz, Schiedsrichter.

Männer, A-Klasse:
10.00: Ganda — 2. Abteilung, Ganda, Kuluva, Reichel.
11.10: Hochberg — 6. Abteilung, OSW, Tschernitz, Blachta.
11.10: 5. Abteilung — 7. Abteilung, OSW, Kritik, Waremka.
15.00: Pofeldon — Sportvereinigung 1925, Stadion, Schmalich, Sigmund.

Männer, B-Klasse:
10.00: 7. Abteilung — 1. Abteilung, Eichenpark, Heider, Feist.
10.00: 5. Abteilung — Neufisch, OSW, Gniejer, Schiller.
10.00: 8. Abteilung — Nord-OK, Tschanich, Bergander, Tulak.
10.00: Bratislawia — 1897, 1925 er-Platz, Tchan, Nagel.

Jugend, A-Klasse:
8.50: Ganda — 9. Abteilung, Ganda, Kuluva, Reichel.
8.50: 5. Abteilung — 7. Abteilung, OSW, Kritik, Waremka.
10.00: Pofeldon — 4. Abteilung, Stadion, Guhr, Würfel.
10.00: 1. Abteilung — 6. Abteilung, Eichenpark, Scholz, Trunte.

Jugend, B-Klasse:
13.00: 5. Abteilung — 7. Abteilung, OSW, Kritik, Waremka.
8.50: Hochberg — 6. Abteilung, OSW, Tschernitz, Blachta.
14.00: Pofeldon — 3. Abteilung, Stadion, Schmalich, Sigmund.

Sportlerinnen:
10.00: Einigkeit — 1921, Groß-Hochberg, Frei, Deger.
10.00: Neufisch — 4. Abteilung, Neufisch, Genärich, Bräuer.
10.00: Nord-OK — 3. Abteilung, OSW, Göbel, Schönfeld.
10.50: 3. Abteilung II. — Bratislawia, Nord-OK-Platz, Göbel, Schönfeld.

Die Spiele der C-Klasse für Männer fallen an diesem Tage aus. Resultate mit Spielbericht sind bis 18 Uhr bei Riple, Frankfurter Straße, abzugeben.

Freie Turnerschaft Breslau, 7. Abteilung, Freitag, den 3. Februar, abends 9 Uhr, bei Riple, Sitzung sämtlicher Turnwart und Vorturner der 4. Frauen- und 7. Männer-Abteilung bei Galle.

Freie Turnerschaft Breslau, 6. Abteilung, Freitag, den 3. Februar, Monatsversammlung bei Exner, Schöntrabe, Beginn 8 Uhr.

Sportvereinigung Nordok 03, Handballabteilung, Donnerstag, den 2. Februar, 20.30 Uhr, bei Joublig, Köhlergraber Straße 10, Versammlung, alle Sportlerinnen und Sportler müssen erscheinen.

Arbeiter-Athletenverein, Donnerstag, den 2. Februar, nach Schluß der Übungsstunde Technikerführung.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Breslau, Donnerstag, den 2. Februar, 20 Uhr, Kolonnenversammlung im Gewerkschaftshaus, es wird ein Lichtbildvortrag gehalten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Freitag, den 3. Februar, Zusammenkunft, jeder rechnet dabei alle Karten ab und nimmt sein Mitteilungsblatt in Empfang. — Heim 1. Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft in der Benderschule (Lehndamm). Heim 2. Erich Schmidt liest lustige Geschichten in dem Heim, Michaelsstraße 36.

Naturfreunde-Lanzkreis, Die Karten für unser Lanzfest am Montag, dem 6. Februar, sind Mittwoch (Heim 2, Michaelsstr. 36) und Donnerstag (im Lanzkreis) bei Grundübungsabteilungen, Donnerstag von 14-10 Uhr Lanzkreis in der Paulinen-Turnhalle.

Sammeln-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Am Montag, den 30. Januar, abends, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Metallarbeiter **Gustav Siebeneichler** im Alter von 50 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.**
Beerdigung: Donnerstag, den 2. Februar, nachm. 1 Uhr, auf dem Anstaltfriedhof in Luben. 2107

Gelegenheits-Angebot

Winterulster Winterjoppen *Sollten absteigende Preise!*

Sportanzüge Sporthosen *Sollten absteigende Preise!*

Arbeits-hosen Arbeitsblusen *Sollten absteigende Preise!*

Verkaufsort:
Ring 22 Becherselle
1. Etage rechts
Klassner-Etage 11810

Fastnachts-Gebäck

Berliner Pfannkuchen
Krapfen
Muzen



bäckt man nur in dem echten Pflanzenfett

Palmolive

Alleinige Hersteller: **H. Schinck & Co. A.G. Hamburg**

Im Februar 1928 sind an die städtischen Steuerstellen zu entrichten:

1. Bis zum 6. Februar: Gehalts für Februar
2. Bis zum 15. Februar:
 - a) Gewerbesteuer nach dem Ertrage für das Vierteljahr Januar/März 1928 in Höhe eines Viertels des im Veranlagungsbescheide für 1927 berechneten Jahresbetrags.
 - b) Gewerbesteuer nach dem Kapitale für das Vierteljahr Januar/März 1928 in Höhe eines Viertels des im Veranlagungsbescheide für 1927 berechneten Jahresbetrags; soweit ein Bescheid für 1927 noch nicht ausgefertigt ist, in Höhe eines Viertels des Jahresbetrags für 1926.
 - c) Handwerksmeisterbeitrag für das Vierteljahr Januar/März 1928 in Höhe eines Viertels des im Veranlagungsbescheide für 1927 angegebenen Jahresbetrags.
 - d) Städtische Grundvermögensteuer für Februar in bisheriger Höhe.
 - e) Gemeindefuhrloß zur häuslichen Grundvermögensteuer für Februar mit 25 v. H. der häuslichen Grundvermögensteuer.
 - f) Haussteuer für Februar mit 150 v. H. der häuslichen Grundvermögensteuer für diejenigen Grundstücke, die bisher zu 100 v. H. der häuslichen Grundvermögensteuer veranlagt waren, für die übrigen Grundstücke in bisheriger Höhe.
 - g) Kassensteuer für Februar in Höhe des aus dem Veranlagungsbescheide ersichtlichen Betrages.
 - h) Wählsteuer für Februar in bisheriger Höhe. Die Vorauszahlungen zu 25 und 25 werden bei der nächsten Veranlagung eingezogen.

Bei verspäteter Zahlung sind die gesetzlichen Verzugszinsen (10 v. H.) zu entrichten. Im Falle der Zahlung nach der Zwangsversteigerung treten hierzu noch die nach den gesetzlichen Bestimmungen zu berechnenden Gebühren.

Breslau, den 28. Januar 1928.
Städtische Hauptsteuerstelle. 4375

Trauerhüte
bekannt größt. Auswahl, billigste Preise!
Halda Siedner
Schmiedestraße 15-17
Ecke Kupferschmiedestr.

Inventur-Ausverkauf

Ein Angebot von seltener Preiswürdigkeit in unseren bekannt guten u. erprobten Qualitäten!

10% Kassenrabatt.

Vom 26. Januar bis 7. Februar

Inventur-Ausverkauf!

Groß war der Andrang in den ersten Tagen! Und wenn aber auch die Einkaufswerte für die Kunden! Dann können auch Sie sich diese nicht entgehen. Sie sparen jetzt viel Geld!

Weiße Bezüge mit 2 Kissen	4.75
1 Bezug 2 Kissen, Linon bestickt	7.50
1 Bezug 2 Kissen, Linon mit Einsatz	7.50
1 Bezug 2 Kissen a. la Linon, gestickt od. m. Einsatz	8.50
Decken-Bezüge mit 2 Kissen, la Qualität	11.00
Reißbare Bezüge mit 2 Kissen	6.75
Reißbare Bezüge mit 2 Kissen, la Qualität	10.00
Reißbare Bezüge mit 2 Kissen, la Qualität	7.00
Reißbare Bezüge mit 2 Kissen, la Qualität	2.25
Reißbare Bezüge mit 2 Kissen, la Qualität	0.45, 0.35, 0.20
Reißbare Bezüge mit 2 Kissen, la Qualität	0.75
Reißbare Bezüge mit 2 Kissen, la Qualität	0.35
Reißbare Bezüge mit 2 Kissen, la Qualität	0.95
Reißbare Bezüge mit 2 Kissen, la Qualität	0.45
Reißbare Bezüge mit 2 Kissen, la Qualität	7.50
Reißbare Bezüge mit 2 Kissen, la Qualität	5.50

Keine Schaufenster — aber sehr billige Preise!
Wir haben viel verkauft, wenn Sie sich nicht selbst überzeugen!

Wäsche-Manneberg
In der Hauptstraße 47

Gardinen

Tüllgarnituren 3teil., moderne Blumen- und Ornamentmuster	3.75, 5.45, 4.40, 4.40
Etamingarnituren 3teil., weiß, mit Klettverschluss	10.00, 7.50, 5.50
Madrasgarnituren 3teil., reine Baumwolle, modern, Kost.	10.75, 9.50, 7.50

Halbstores

Englisch Tüll bester Qualität, aus Zuckergaze	3.55, 4.50, 3.90, 3.25
Etamin gewirkt, mit Klettverschluss, Filz- oder Stoffboden	2.00, 3.00, 5.70, 4.00

Einzelne, eleg. Halbstores in Etamin und echt Filz, weit unter Preis!

Vorlagen

Jute-Bouclé	2.85
Haargarn-Bouclé	5.20
Wollfilz	6.50

Bettdecken

Engl. Tüll solide Gewebe, in prachtvollen Mustern, über 1 Bett	7.00, 6.75, 5.50, 4.00
Engl. Tüll schwere Qualität, in neuen, schön. Zeichnung, über 2 Betten	12.-, 10.-, 8.75, 7.50
Etamin gewirkt, große echt Filzmotiv, Hohlkäme und Klappspitze, über 2 Betten	18.00, 14.00, 11.25, 8.50
Dieselbea über 1 Bett	11.00, 9.00, 6.50, 4.75

Steppdecken

Seidenglanz satin doppelseitig mit 1a Wattenfüllung, Größe 130x190 cm	10.00
Seidenglanz satin doppelseitig, na. Qualität, in groß. Farbauswahl und mit bester Halbwoollfüllung	19.35
Daunendecken bester einfarbiger Daunenstoffs, mit 1a Daunen, Größe 150x200 cm	81.00

Diwandecken

Gobelingsgewebe schwer, Strazierqualität, 1. Blumen-, Seil- und Fersermustern, ca. 150x300 cm	16.20, 22.50, 19.75, 16.00
Mohair reißbar, dicke Qualität, in gold. Bl. grau, Blau, ca. 150x300 cm	28.00, 28.00
Moquette beliebte, glanzreiche Ware, in besonders schönen Persermustern, 150x300 cm	36.00

Die „Frauenwelt“ den Frauen Zum Lesen, Denken und Schönen

„Frauenwelt“
das Halbmonatsschrift für die Frau des modernen Volkes. Preis 1.00.
Zu bestellen bei allen Zeitungsverlegern.

Inventur-Ausverkauf

Spezielle hochwertige Qualität

45	32	19	9.75
----	----	----	------

1 Posten Tischdecken
aus Rip, Kordellisen, Gabelin und Brokat feinkretze Ware bis 50% unter Preis

Manneberg
Kupferschmiedestraße 42.

Aus aller Welt.

Die Berliner Millionen-Betrugsaffäre

gestaltet sich immer sensationeller, und zieht immer weitere Kreise. Die Voruntersuchung richtet sich jetzt insgesamt gegen neun Personen, darunter den Staatsanwaltschaftsrat Jacobi, gegen den nunmehr durch Beschluß des preussischen Justizministers auch die förmliche Suspendierung vom Amt verfügt worden ist. Es wird unter anderem behauptet, daß Jacobi für seine Auskünfte ständig ein großes Gehalt von Bergmann bezogen hat. Im Laufe der Nacht zum Dienstag ist auch die Frau Bergmanns in einem Berliner Hotel, das ihrer Mutter gehört, verhaftet worden. Die Hauptrolle bei den Betrügereien hat offenbar neben Bergmann dessen Bekannter Salinger gespielt, auf den Bergmann jetzt alle Schuld abzuwälzen sucht. Der Frau des Geschäftsführers des Lombardhauses, die dort als Prokuristin tätig war, wird zur Last gelegt, daß sie besonders von den Fälschungen der Wechsel und Lombardscheine wußte und sich auch daran beteiligt hat. In die Betrügereien verwickelt ist auch ein Mann, namens Willi Kraak, der inzwischen mit einem Automobil Bergmanns aus Garmisch-Partenkirchen geflohen ist. Als eine Ironie des Schicksals kann man es bezeichnen, daß der Leiter der Breslauer Filiale vor einiger Zeit von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden war, weil er größere Summen unterschlagen hatte, die er an die Berliner Zentrale des Bergmannschen Unternehmens abführen sollte. Zahlreiche Schleier sind um ihre erparten Gelder durch Bergmann betrogen worden. Inzwischen sind die Geschäftsbücher sämtlicher Filialen beschlagnahmt worden. Es ist jetzt auch der Verdacht aufgekommen, daß Bergmann die Konzession für sein Unternehmen auf unrechtmäßige Weise erworben hat, und daran unter Umständen auch Beamte des zuständigen Polizeireviers und der Gewerbebehörde eine gewisse Schuld haben könnten. Der Berliner Polizeipräsident hat bereits gegen die in Frage kommenden Beamten eine Untersuchung eingeleitet. Von den zuständigen Behörden wird entschieden in Erwägung gestellt, daß der Sohn Hindenburgs, Major von Hindenburg bzw. der Neffe des Reichspräsidenten, stets die besten Auskünfte über das Unternehmen Bergmanns gegeben hätten.

Skandal bei der Zugspitzbahn.

Auf Grund einer Anzeige des gegenwärtigen Gemeindevorstandes von Reutten veranlaßte die Staatsanwaltschaft die Verhaftung des Präsidenten der Zugspitzbahn U. G. Dr. Stern, des Altbürgermeisters von Reutten, Dr. Schretter, und des Schwagers des Dr. Stern, Hilbert Knittel. Dr. Schretter und Knittel sind in Untersuchungshaft genommen, während man den Aufenthaltsort von Dr. Stern nicht kennt.

S 3 nicht verunglückt.

Das amerikanische Unterseeboot S. 3, über dessen Schicksal Besorgnis herrschte, da es auf der Fahrt von Hampton Roads nach Kuba die Fühlung mit den Begleitkreuzern verloren hatte, ist, wie Admiral Brumby dem Marine-Sekretär gemeldet hat, in der vergangenen Nacht um 8 Uhr wohlbehalten aufgefunden worden. Es geht seine Fahrt nach Guantanamo auf Kuba fort.

Ein dreifacher Raubüberfall.

Wurde in diesen Tagen in der Nähe der südbulgarischen Stadt Stara Sagora verübt. Ein gegen Abend aus dieser Stadt nach Kadnewo fahrender Autoomnibus mit dreißig Reisenden wurde unterwegs von sieben bewaffneten Räubern angehalten; die Insassen wurden aus dem Wagen herausgeholt, aneinandergebunden und gezwungen, sich mit dem Gesicht auf die Chauffee zu legen. Die Räuber plünderten dann die Geiseln in aller Ruhe aus. Ein sich unter den Reisenden befindliche Polizist wurde an einen Baum gebunden und niedergeschossen; er ist wenige Stunden später seinen Wunden erlegen. Gleich darauf kamen zwei weitere Autobusse mit zirka 35 Personen vorüber, die ebenfalls angehalten wurden; die Reisenden mußten sich neben die übrigen Leidensgefährten auf den winterlichen eiskalten Boden legen. Die Durchsuchung der 65 Leute dauerte volle drei Stunden. Bevor sich die Räuberbande in den Wald zurückzog, zündete sie das zuerst angelommene Auto zur Strafe an, weil der Chauffeur anfangs versucht hatte, trotz des Auftrages mit seinem Wagen zu flüchten. Die beiden anderen Wagen wurden fahrunfähig gemacht. Die Polizei vermutet, daß die Räuber Bauern aus der dortigen Gegend sind; zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Bankzusammenbruch in Prag

Die Tschechische Kreditbank in Prag ist zusammengebrochen. Es handelt sich hier bereits um die 93. Bank, die seit der Gründung der Tschechoslowakischen Republik zusammenbricht. Die Ursachen des Bankrucks lassen in einer geradezu landläufigen Betriebsführung zu suchen sein. Schon vor acht Jahren war von der Staatsanwaltschaft gegen die Leiter der Bank eingeschritten worden. Die Angelegenheit verlief jedoch damals aus unbekanntem Grund im Sande. Die jetzt hinterlassenen Passiven der Bank betragen 15 Millionen, die Aktiven 6 Millionen. Von der Liquidation werden etwa 300 Einleger betroffen, die nur 17 Prozent ihres Geldes zurückerhalten sollen. Wohin die verschwundenen Millionenbeträge geraten sind, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

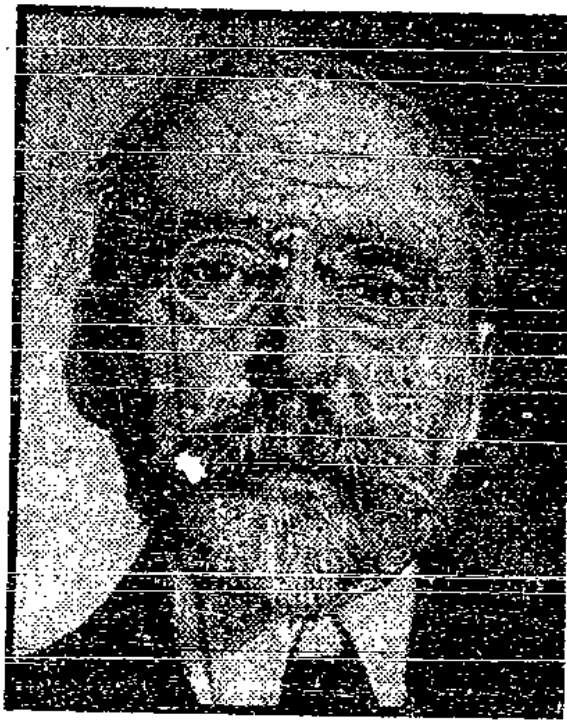
Kohlenstaub Kohlergasvergiftungen.

In einer Großdampfbäckerei in Oden Berlins erkrankten Dienstag 11 Arbeiter und Arbeiterinnen unter gemeinsamen Vergiftungserscheinungen. Ein Arzt stellte die Vergiftung durch Kohlenoxydgase fest. Zwei Personen, die durch die Gasvergiftung besonders schwer mitgenommen waren, wurden in die Charité übergeführt. Die übrigen neun Erkrankten konnten nach ärztlicher Behandlung in ihre Wohnungen entlassen werden. Nach den bisherigen Feststellungen lebten die Kohlenoxydgase beim jedesmaligen Schließen der Backofen entströmt zu sein.

Ein Todesurteil bestätigt, eins aufgehoben.

Vor dem Münchener Schwurgericht waren Ende November 1927 der Dienstreicher Kuhnauer, der landwirtschaftliche Arbeiter Witt und der Landwirtssohn Mittemeier wegen Mordes und Anstiftung zum Morde zum Tode verurteilt worden. Die Angeklagten hatten am 15. November 1920 den Gutsbesitzer Mittemeier erschlagen und versucht, einen Unglücksfall des Ermordeten vorzutäuschen, indem sie die Leiche auf die Bahngleise legten. Der eigentliche Anstifter der Mordtat war der münchener Sohn des Ermordeten, der sich in den Besitz des väterlichen Gutes setzen wollte. Die von den Angeklagten gegen das Urteil eingelegte Revision wurde am Dienstag durch den Ersten Strafsenat des Reichsgerichts verworfen.

Der gleiche Strafsenat verhandelte anschließend über die von dem Schloßer Rudolf Friedrichs gegen das Urteil des Schwurgerichts in Nordhausen vom 30. September 1927 eingelegte Revision, das ihn wegen Gattenmordes zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt hatte. Friedrichs hatte in der Nacht zum 2. November 1926 seine Ehefrau erschossen. Die Revisionsinstanz hat dieses Urteil aus strafrechtlichen Gründen aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schwurgericht Nordhausen zurückverwiesen.



Ferdinand Buiffon

der ehemalige Vorsitzende der „Liga für Menschenrechte“, hat den Betrag seines Nobelpreises für Werke des Friedens gestiftet. Buiffon hat bekanntlich gleichzeitig mit Professor Quibde den Friedens-Nobelpreis erhalten und von der hohen Summe in humanster Weise Gebrauch gemacht. Buiffon ist 86 Jahre alt, war bereits vor 50 Jahren Generalinspektor der Volksschulen Frankreichs und 1896/1906 Professor der Pädagogik an der Sorbonne.

Ein fingierter Raubüberfall.

Vor etwa drei Wochen teilte eine Frau A. aus der Vorstadt in Berlin der Kriminalpolizei mit, daß sie von einem Bettler um ein wertvolles Mantelwuschcape betrogen worden sei. Der Mann habe bei ihr geklingelt und um einen alten Hut gebeten, als sie ihm diesen Wunsch erfüllte, sei sie plötzlich auf dem Wohnungsbau, angeblich von irgend einem Kartoffelkuchen, ohnmächtig zusammengebrochen. Der Bettler sei in der Zwischenzeit mit dem Mantelwuschcape verschwunden. Diese Angaben haben sich jetzt als vorgetäuscht herausgestellt. Die Frau gab bei einer nachmaligen Vernehmung zu, daß sie sich durch die erwartete Versicherungssumme ein neues Cape habe verschaffen wollen. Die Schwindlerin wurde wegen versuchten Versicherungsbetruges dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Neuer Einbruch im Preussischen Landtag.

Am Dienstag vormittag ist abermals ein dreifacher Einbruch im Preussischen Landtag verübt worden. Aus dem Fraktionszimmer des Zentrums wurde einer dort beschäftigten Sekretärin eine Handtasche gestohlen, die das gesamte Monatsgehalt und eine goldene Armbanduhr enthielt. Die Fahndungsversuche nach dem Eindringler waren bisher ohne Erfolg.

Garagenbrand.

Durch Ueberheizen eines Ofens entstand in der Nacht zum Dienstag im Anleideraum einer Großgarage in der Scheringstraße in Berlin ein größerer Brand. Das Feuer griff innerhalb kurzer Zeit auf einen Raum über, in dem Gummiteile aufbewahrt waren. Auch der Trodenboden, das Treppenhaus und der Keller wurden von den Flammen erfasst. Es gelang jedoch der Feuerwehr, in kurzer Zeit den Brand niederzukämpfen. Der Sachschaden ist beträchtlich.

Töblicher Unglücksfall im Schacht.

Am Donnerstag abend verunglückte auf dem Tiefbau-Schacht in Wittkau bei der Arbeit der in Königswalde wohnhafte Bergmann Gustav Seidel. Der Verunglückte, der im 41. Lebensjahre steht, hinterläßt Frau und sechs Kinder, von denen vier erwachsen sind. Der auf so tragische Weise ums Leben gekommene Bergmann gehörte einige Jahre dem Gemeinderat von Königswalde an. Der Unfall wurde durch plötzlich hereinbrechendes Gestein herbeigeführt.

Einsturz einer Treppenhausewand in einem Neubau.

Montag nachmittag stürzte in dem Neubau eines Gymnasiums in Neukölln (Berlin) eine Treppenhausewand im Dachgeschoss aus bisher noch unbekannter Ursache zusammen und durchschlug die Mauerdecke des darunter liegenden Stockwerkes. Ein Maurerfellow wurde dabei so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus verstarb.

Wieder ein ungetreuer Nachschaffpflieger.

Schwere Beschuldigungen werden gegen den Nachschaffpflieger Dito H., der bei einem Berliner Amtsgericht Bürovorsteher und gleichzeitig Nachschaffpflieger war, erhoben. Er wird bezichtigt, von drei Millionen, die von einem verstorbenen Bankier hinterlassen waren, nur eine Million den Erben des Bankiers ausgehändigt, das übrige Geld aber für sich verwendet zu haben. Außerdem werden dem Nachschaffpflieger noch weitere Unterschlagungen zur Last gelegt; in einem Falle soll er über 100 000 Mark veruntreut haben.

Diphtherie auf Rügen.

In Wiek auf Rügen mußte wegen Diphtherie-Erkrankungen die Schule auf Anordnung des Kreisarztes geschlossen werden.

Beginn des Stadtbankprozesses in Halle.

Montag begann vor dem Erweiterten Schöffengericht in Halle die Verhandlung gegen den früheren Stadtbankdirektor Berger und Genossen, die beschuldigt werden, die Bank und damit die Stadt Halle um mehrere Millionen Mark geschädigt zu haben. Von den 29 Angeklagten sind zwei nicht erschienen, und zwar der Ingenieur Adolf Steiner und der Kaufmann Gerhard Müller. Das Verfahren gegen diese beiden wird abgetrennt.

Raubüberfall auf einen Postomnibus.

Auf dem Postomnibus, der den Verkehr zwischen Jena und Göttingen aufrecht erhält, wurde von mehreren maskierten Räubern ein Raubüberfall verübt. Die Banditen verlangten vom Schaffner die Aushändigung der Kasse. Der Schaffner weigerte sich, worauf die Räuber auf ihn und den Chauffeur schossen. Der Chauffeur wurde in den Arm getroffen. Da die im Omnibus sitzenden sechs Passagiere sich zur Wehr setzten, ergriffen die Räuber die Flucht.

Egypten eines Heizungskessels.

In dem Hause Oberstraße 140 in Hamburg, das in den einzelnen Stockwerken getrennte Warmwasserheizungs-Anlagen hat, plagte Montag nachmittag in einem großen Zimmer die Heizungsanlage. Der Kessel flog bis auf die andere Seite des großen Raumes und ritz einen Teil der Wand um, an der er befestigt gewesen war. Drei Personen wurden verletzt und zwar zwei von ihnen so schwer, daß sie in eine Klinik gebracht werden mußten.

Schnee.

Sonntag nachmittag brannte die Aluminiumfabrik des Siegwertes Gebr. Schuppener in Marienhorn bis auf die Stützpfeiler nieder. Dadurch wurden 150 Arbeiter brotlos, 150 werden weiter beschäftigt. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt.

Zwischen die Puffer geraten.

Beim Rangieren eines Güterzuges auf dem Schandauer Bahnhof ist der 55 Jahre alte Oberkassner Hönig aus Dresden tödlich verunglückt. Der Beamte war zwischen die Puffer geraten, die ihm den Brustkorb einquetschten, so daß der Tod sofort eintrat.

Schwerer Autounfall.

Das Auto des Geschäftsinhabers Preukner aus Hof, das mit vier Personen besetzt war, fuhr in Konradsreuth gegen einen Strauchbaum, wobei sich der Wagen überschlug. Preukner blieb tödlich verletzt liegen, während der Wagenführer und die beiden anderen Insassen mit leichten Verletzungen davonkamen. Der Kraftwagenführer wurde, da Verdunkelungsgefahr besteht, in Haft genommen.

Die Einspangestäfte im Pferdehandel.

In dem großen Verurteilungsprozess gegen achtzehn Pferdehändler, die zahlreiche Geldgeber und kleine Landwirte mit sogenannten Einspangestäften auf dem Weite des Pferdehandels geschädigt haben, wurde heute das Urteil gefällt. Eine große Zahl der Angeklagten, die nur als Vermittler aufgetreten waren, mußten freigesprochen werden. Der Pferdehändler Feldmann, der wegen ähnlicher Betrügereien zurzeit ein Jahr Gefängnis verbüßt, erhielt eine Zulage von vier Monaten. Sieben Pferdehändler erhielten Strafen von drei Monaten bis ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Der Senfmann am Bahnsteig.

Als der 25-jährige verheiratete Arbeiter Maschek aus Kalna in Hohenelbe den Personenzug verließ, um zur Arbeitsstätte zu gehen, stürzte er plötzlich nieder und war tot.

Vom Dampfhammer zermalmt.

In den Eisenbahn-Hauptwerkstätten in Warchau fiel bei der Arbeit eines Dampfhammers der schlecht gezielte 1500 Kilogramm schwere Eisenblock auf den Schmied Jan Petiko und zerbrachte ihm den Kopf zu einer unförmlichen Masse. Der tödlich Verunglückte hinterläßt eine Frau und zwei Kinder.

Situationsplan des durch die Ameritaspende des Botchafters Schurmann ermöglichten Erweiterungsbaues der Universität Heidelberg.

Links das alte Universitätsgebäude, rechts das neue Kollegienhaus und in der Mitte die drei Häuser, die abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt werden sollen.



Liebe und Ehe auf der Insel Yap.

Von Ludwig Kohl.

Der Weg zur freien Liebe, der nach der geschlechtlichen Reife, die in der ersten Blüte ihren natürlichen Ausdruck findet, für das Paar Mädchen frei wird, führt durch eine Reihe aufeinanderfolgender Stufen. Zunächst ein junges Mädchen zum ersten Mal, so kommt es nach dem Bluthaus, dem Dapal, das jedes Dorf besitzt, eine Hütte, wo die Frauen während dieser Zeit von jeder Arbeit ruhen und an das sie durch die Sittge gebannt sind, bis sie wieder rein sind. Reitere nehmen sich in diese Abgeschlossenheit zuweilen zwei Sklavinnen zur Bedienung und zum Wachen mit. Aber nicht das Dapal der erwachsenen Frauen darf das eben gereifte Mädchen beirren, sondern der Vater baut ihr ein kleines einfaches Hütchen, das im Bereiche des Dapals liegt und das später, wenn es seinen Dienst getan hat, wieder zerstört wird. Erst nach einem Monat, während dessen ihr als ein äußeres Zeichen der Reife die Zähne mit der dunklen Erde des Laroimpfes gebräunt worden sind, verläßt sie ihre kleine Hütte, die Nähe der erwachsenen Frauen und siedelt in ein ebenso einfaches, umweil des Dorfes im verstreuten Busch gelegenes Haus über, in dem ihr noch hundert Tage Enthaltsamkeit bestimmt sind, bis ihr das Wort Liebe, das heißt gestatteter Verkehr mit der Jugend und den Männern, zum Erlebnis werden darf. Hundert Tage muß sie an dem Traume spinnen, der ihre Wünsche zur Erfüllung reifen läßt. Hundert Tage müssen ihre Augen voll unbedingter Sehnsucht in die Welt blicken. Erst nach dieser Zeit der Reife- und des körperlichen Lebens beginnt für sie der erste Akt ihres Lebens, der die Spanne der ersten Liebe, der freien, regellosen Umfaßt, und die in der Heftigkeit und Ungezügtheit in dem Leben der Papfrau das größte und stärkste Ereignis darstellt, das eine Eingeborenenlebe auf ihrer Wanderung von der Wiege bis zum Grabe zu ergreifen vermag.

Von diesem regelrechten Gang der geschlechtlichen Verbindung und Gebundenheit erlebte ich jedoch in meiner Beobachtungszeit, unterläßt durch Angaben zuverlässiger Eingeborenen, nicht wenige Ausnahmen, indem die Reife sich nicht an das natürliche Ereignis hielt, sondern durch gegenseitiges Begehren und Drängen eine zeitliche Verzögerung erfuhr. Niemand fragt nach dieser Zeit der ungebundenen Freiheit, der Katerlei des Geschlechtstriebes danach, was von der Blüte der Jungfrau noch an Reizen vorhanden ist, wenn sich dann früher oder später ein Papmann zur Heirat entscheidet. Eine Betelnuß, die man der zukünftigen Frau anbietet und deren Entgegennahme das Jawort bedeutet, entscheidet die zukünftige Ehe, und dann bedarf es nur eines Ganges zu dem Schwiegervater, mit etwas in die Augen fallenden Wohlgeschmack in der Hand, um die Ehe auch von seiner Seite definitiv zu erhalten.

Seltener, aber noch nicht ungewöhnlich, ist es immer noch, daß nicht die reifen Menschen, sondern die Väter das zukünftige Eheband knüpfen, schon zu einer Zeit, wo nach die beiden Partner Kinder sind und für die Zukunft versprochen werden, ehe ihre Sinne selbst sprechen können. Eine Reihe Zeremonien, besonders gnomische Geschenke, betreffen diese Abmachungen und das zukünftige Verhältnis, das letzten Endes wirklich eingegangen aber immer der jugendlichen Partner verpflichtet ist.

Auf Yap paßt das Wort nicht, daß Ehe im Himmel geschlossen werden! Aber wir dürfen trotz allem, wie ich glaube, nicht ohne weiteres von Unfähigkeit reden, weder in der vorerwähnten Zeit noch in der Ehe selbst, wie wir es nur zu leicht und besonders die Mission tun wollen. Denn wie kann die Sinnlichkeit, der Liebesgenuß für die Menschen dieser Insel unfruchtbar sein, da er ihnen unter dem heißen Himmel, der ihn gefordert und gesteigert hat, so natürlich ist! Hier im Busch und in der unberührten Natur stehen zwischen zwei Liebenden keine entwickelten Dogmen, keine Kirche, nicht unsere Gesetze, die wir für uns ausgedacht haben und die für uns passen mögen, die wir in anderen Zonen, in anders gearteten Ueberlieferungen leben, denen wir füglich unterworfen sind.

Den ich den zehn Geboten, die seinem Gehirne der neue christliche Glaube einhämmert, um seine Seele zu reinigen, sagt dem natürlichen, primitiven Triebleben des Eingeborenen das gleiche am weitesten zu. Die Königsbananen darf sein Häuptling und König mit Tabak belegen, auch die Fische, die in dieser oder jener Nacht gefangen werden: das verleiht der Eingeborenen und er kann sich diesem auf seinem Lande erlaubten Gesetze fügen. Nur langsam erscheinen ihm Erlasse, welche die Paarung der Menschen, besonders in der vorerwähnten Zeit, verhindern wollen, wenn die überheißte Nacht die Dorfwege verunkleutet und die heiligen Sinne erwachen, daß das Lied der unerlösten Liebe wie eine übertriebene Orgie durch den Urwald tönt. Nicht höher wie die Einnahme von Speise und Trank ist die Stufe, auf dem für ihn die Liebe steht.

Natürlich können wir Europäer, geschult für die gefaltete Ehe, uns nicht immer in diesem hemmungslosen Sinnenleben erschließen, besonders wenn wir in ungeschulten Jahren ohne Erfahrung in volkerkundlichen Dingen in den Tropen die Erde betreten. Die Tätigkeit des Bezirksamtmanne auf Yap umfaßt auch das Kapitel der Ehescheidungen und Ehehinderungen. Daß die Eingeborenen immer wieder launen, um bei dem weissen Mann das letzte Wort zu wahren, war mir unverständlich und erklärt sich vielleicht am besten so, daß einige frappante Fälle von Ehehinderung den Sündern eine sehr hohe Strafe einbrachten. Denn das ganze Ehegebiet ist für einen Weissen unüberwindlich und unerschwinglich, weil ja das fernste Leben im erhabenen Busch seinen eigenen Weg gehen kann. Jedem Menschen aber, der unser Wort nicht versteht, nicht nach der Art der Mission ausgelegt, wird es unter diesen Umständen schwer sein, in Fragen der Ehe Richter sein zu können.

Das Gewissen schmerzt, wenn ich an diese Eheakte, an diese Ehescheidungen denke, an die Population, die Amt und Buchhalter anvertraut, die anfänglich so ganz im Fahrwasser unserer christlichen Auffassung auch dort unia geschlichen werden sollten. Was verstehen wir Weiße von den Gründen, die einen Ehevertrag bestimmen mögen, sein Weib zu verlassen und nach einem neuen zu verlangen?

So kann ich nicht damit zurückhalten, noch heute meiner Freude Ausdruck zu geben, wenn ich mehr geschäftsmäßig, abseits von der Regel der Kirche und des Gesetzes, mich oft zu verheiraten beschloß.

Ich fragte sie: „Du willst von deinem Manne gehen?“

„Ich liebe ihn nicht mehr, und ich hatte Streit mit ihm.“

„Streit am Morgen, wenn die Sonne aufgeht, und Streit und Anfechtungen, bis sie untergeht.“

„Ich frug ihn: „Möchtest du dein Weib nicht mehr?“

„Nein, ich kann es nicht mehr stehen, und meine Tage sind fast dunkel und schwarz.“

„Dah du schon einen neuen?“ — „Ja, Gean aus Kl. Reauß ist schon nicht mehr, er hat sich in die Erde gelassen, dein Zeit ist schon abgelaufen.“

„Du verheiratest uns gut, und ich liebe ihn.“

„So geht auseinander, und du, Dagefel, gehe mit Gean und sei glücklicher mit ihm, als mit dem ersten. Der Himmel läßt in Zukunft dein Herz beglücken.“

„Es war mir dann immer eine Erleichterung zu sehen, wie die beiden Menschen wieder fröhlich und guter Dinge auseinander gingen, der eine nach Westen, die andere nach Osten, um sich in einem neuen Dämmerland ihr Glück zu suchen.“

Wir haben den Eingeborenen ihre Kämpfe genommen, über die wir uns so selbst und ungerecht entließen, ihre Religion, ihre Ruhe, sollen wir ihnen, da wir ihnen den Hunger und Durst nicht nehmen können, vielleicht auch das dritte große Thema ihres Lebens, die Liebe, nehmen und sie in eine bürokratische Form und Deutung zwingen? Meine Eindrücke auf Yap gehen dahin hinaus, daß, wie die Lebenszeit der Liebe kurz ist, auch die Ehe ein ungemein lazes Band auf der Insel knüpft, mögen vielleicht auch andere Beobachter andere Erfahrungen gemacht haben. Wohl steht auch bei den Eingeborenen eine Strafe auf Ehebruch, die auch gelegentlich noch gelübt werden soll, damit, daß der Ehebrecher seines Haars beraubt und so öffentlich gebrandmarkt wird; aber das ist sicher selten und wird meines Erachtens, wie ich von den Eingeborenen erfuhr, nur gehandhabt, wenn andere geschäftliche Beweggründe diese offensichtliche Konsequenz verlangen.

Natürlich wäre es falsch, wenn man dieses für unsere Auffassung düstere Ehebild dahin deuten wollte, daß es keine Ausnahmen gäbe, und ich kann den einen oder die andere etwas beruhigen, wenn ich anführe, daß es auch Männer und Frauen gibt, die treu und unentwegt zueinander halten, also eine Monogamie im strengsten Sinne des Wortes, wenn auch das Gegenteil, die Rastheit der Scheidung, das gangbarste ist. Wie bei Kindern, die die besten Freunde zu sein scheinen, ein kleiner Anstoß die Freundschaft in Feindschaft verwandeln kann, so gehört bei den Eingeborenen auf Yap nicht viel dazu, die Ehe zum Bersten zu bringen.

Ein Papmann übrigens zu finden, der zwei, drei oder sogar noch mehr Frauen in verschiedenen Dörfern sein eigen nennt, wird nicht sehr schwer fallen.

Nach einer Verfallsfrist, die im Liebesleben der Papente eine überragende Rolle spielt, muß ich Erwähnung tun, schon deswegen, weil ihre Stellung eine zweifelloso viel gehobener ist als bei uns, nämlich der öffentlichen Dirne, der Mespil, wie ein solches Mädchen genannt wird. Ihr eigentliches Reich ist das Klubhaus (salu), wo sie Gemeingut aller jungen Männer und auch älterer verheirateter ist. Sie ist die Luftmatte des Dorfes, eine Drohne, eine kleine Königin, der ein paar Duzend Männer und mehr untertan sind, denn sie auch stets einen besonderen Freund hat, dem sie williger und ergebener ist, zu dem sie mehr hält als zu den anderen. Arbeit darf ihr für die Zeit, wo sie zu dem Dienst im Klubhaus ausertren ist, fremd sein, sie wird reichlich belohnt, wird von jedermann geachtet, selbst von der eigenen Familie, von mancher Dorfherrin wegen ihres guten Könnens sogar beneidet. Auch ist sie zugegen bei Gefängen und Tötungen, durfte in früherer Zeit nicht fehlen, wenn nach Kämpfen die Krieger in das Klubhaus einzogen oder Seefahrer von ihren beschwerlichen Hochseereisen nach Hause kamen. Kurzum, sie lebt im Mittelpunkt des öffentlichen Klubbens.

Für ihre Zukunft, wenn ihr Nimbus verblaßt ist, braucht ihr nicht zu bangen. Sie findet leichter ihren Mann als ein gewöhnliches Mädchen, und ein Glanz ihrer Dirnenzeit folgt ihr in ihr Dorf zurück, in dem sie jederzeit, mit Geschenken reich bedacht, wieder ehrbar aufgenommen wird. (Mit besonderer Erlaubnis des Verlegers Sieder & Schröder, Stuttgart, dem ausgezeichneten Reisebuche „Leben, Liebe, Träume in einem Südpazifik“ von Ludwig Kohl, entnommen.)

Rast in der Ebene.

Von Henry Lawson (Sydney).

„Ich war acht Jahre lang vom Hause fort,“ sagte Mitchell zu seinem Kameraden, als sie ihre Rückside im Schatten des Maulgabaumes auf die Erde warfen und sich niederlegten. „Ich hatte nicht einen einzigen Brief heimgeschickt — immer wieder hab ich es auf, und so ein Tölpel von einem Jungen, der einen Tag vor mir ankommt, erzählt meinen alten Leuten, daß er gehört hätte, ich sei gestorben.“

„Ich nahm er einen Schuß aus seinem Wasserhals.“

„Wie ich also heimkam, fand ich alle in Trauer um mich. Es war zur Nacht, wie ich heimkehrte, und des Mädels, das mir die Uhr ausschloß, beginnt zu schreien und fällt sofort in Ohnmacht.“

„Er blüdete sich eine Pfote an.“

„Die Mutter sah oben deutend und stöhnend auf einem Sessel, und alle Mädels um sie herum leisteten ihr in ihrem Gelammer Gesellschaft. Der Vater aber saß rückwärts in der Küche und meinte still vor sich hin.“

„Er legte seinen Hut auf die Erde nieder, drückte seinen oberen Rand ein wenig ein, dann goß er ein wenig Wasser in die Vertiefung des Hutes für seinen Hund.“

„Die Mädels kamen heruntergeflüht. Die Mutter war so ausgepumpt, daß sie nicht aufstehen konnte. Zuerst meinte sie gar, ich sei ein leidenschaftlicher Geist, und dann versuchten mich alle gleichzeitig zu halten — sie erstickten mich betnahe.“

„Scha dir einmal diesen Hund an! Da müßte man ja eine ganze Zisterne voll Wassers auf so eine dürre Strecke mitschleppen, wenn man einen Hund hat, der zweimal soviel auslauft wie ein Mensch!“

„Er goß jetzt ein wenig mehr Wasser in die Vertiefung seines Hutes.“

„Also kurz und gut, die Mutter fingt auch an zu schreien und fällt betnahe in Ohnmacht, wie sie mich erblickt. So ein Festessen hat du noch nicht mitgemacht. Die ganze Nacht dauerte es. Ich dachte später, mein Alter verliert den Verstand! Die alte Frau aber läßt meine Hand geschlagene drei Stunden nicht los.“

„Hast du ein Messer bei dir?“

„Er schnitt sich ein bisschen Labat wieder ab.“

„Die nächsten Tage waren alle mit Besuchen von Nachbarn ausgefüllt, die mich sehen wollten.“

„Als erste fand ich eine alte Diebe von mir ein. Sie und nimmer hätte ich gedacht, daß sie bis jetzt um mich Sorge hatte. Die Mutter und die Mädels zwangen mich nun, ihnen noch und heilig zu schwören, daß ich niemals wieder weggehen werde, und sie bewachten mich geradezu, kaum daß sie mich hinausgehen ließen, aus Angst, daß —“

„Dah du dich belaufen könntest?“

„Nein — du Schlemmer — aus Angst, daß ich ihnen entweichen könnte. Schließlich mußte ich ihnen sogar auf die Fäße schwören, sie niemals zu verlassen, solange die Alten am Leben waren: und dann erfuhr wurde die Mutter ein wenig ruhiger.“

„Er nahm seinen Hund auf die andere Seite und unterwarf ihm sein Bein. „Ich denke, ich werde ihn wohl ein Stück Weges tragen müssen — keine Fäße sind wund. Doch er war diesen Morgen recht wacker, und jedenfalls wird er nicht so viel trinten wollen, wenn ich ihn trage.“

„Du hast aber dein Gelübde gebrochen, indem du dich von zu Hause wieder wegzunehmen bist.“

„Mitchell erhob sich, ruckte sich, dann lächelte er komischerweise von seinem schwachen Kinn auf die weltliche, hübsche, kaltenlose, ganz mit Baumwollhaaren bedeckte Ebene, die vor ihm lag —“

„Ich ja,“ meinte er dann glühend, „aber Wache lang ich in diesem Gebirge, dann begannen sie zu brummen, weil ich keine Arbeit finden konnte.“

„Sein Kamerad konnte bestän und Mitchell grünte. Sie schulterten ihre Rückside, der Hund lag oben drauf auf dem Leinwand, dann nahmen sie ihre Tretefel — das Wasserhals, wandten ihr Antlitz der weiten, dunklen Ferne zu und ließen das Mädchen hinter sich.“

Das tote Meer ein Riesenbälliger

Die Amerikaner begannen zur Bergeltung langlam Europa zu entdecken. Jetzt haben sie plötzlich das tote Meer im heiligen Palästina entdeckt und erachtet, daß sein Wert das doppelte des gesamten amerikanischen Nationalvermögens ausmacht, nämlich runde 5000 Milliarden Mark.

Doch ohne Eher, die Sache ist außerordentlich ernst und höchst wissenschaftlich nachgeprüft. Es handelt sich nicht um amerikanische Phantasien und Hirngespinnste, sondern um amtliche, auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaute Nachforschungen. Man weiß seit Jahrhunderten, daß das tote Meer an Salzen aller Art unermesslich reich ist und die Idee, daß diese Salze in irgendeiner Form nutzbar zu machen, entweder zu Düngungsstoffen oder für andere chemische Produkte, ist ebenfalls Jahrhunderte alt. Salzgewinnung wurde am Toten Meer schon vor Jahrhunderten betrieben. Doch die Rohbarkeit der Salze hat erst unter Jettalter entdeckt. Das tote Meer war inzwischen in den Privatbesitz der türkischen Sultane übergegangen und Sultan Abdul Hamid war zu reich, um ein Interesse an der Ausbeutung dieser Schätze haben zu können. Er verweigerte deshalb die Erlaubnis zur Ausbeutung der chemischen Salze im Toten Meer. Jetzt, aber seit Palästina unter dem Protektorat des englischen Kolonialministeriums steht, hat man diesen Schätzen schnell eine erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet. Chemiker und Vertreter der chemischen Industrie haben im Auftrage des hohen Kommissars in Jerusalem das tote Meer aufs allgerauheste auf seine Zusammenziehung untersucht und diese Untersuchung hat geradezu phantastische Ziffern ergeben. Allein der Rohsalzwert, der im Toten Meer enthalten ist, wird auf 105 Milliarden Mark beziffert und die Menge auf nicht weniger als 11,900 Millionen Tonnen angegeben. Den größten Wert jedoch stellt die vorhandene Menge von Magnesiumchlorid dar. Es sind 22 Milliarden Tonnen zum runden Werte von 3,600 Milliarden Mark vorhanden.

An zweiter Stelle stehen die Bromsalze. Das Brom ist in gebundener Form als Magnesiumbromid in einer Menge von 855 Millionen Tonnen und einem Marktwert von rund 100 Milliarden Mark vorhanden. Aus dem Kaliumchlorid lassen sich nach den Berechnungen circa 1300 Millionen Tonnen Kali im Marktwert von 280 Milliarden Mark gewinnen. Diese letzte Ziffer ist besonders für Deutschland interessant und von größter Bedeutung. Man hat in Amerika bereits berechnet, daß bei der Ausbeutung dieser Kalimengen der Weltmarktpreis um 50 Prozent sinken muß.

In Palästina würde eine chemische Industrie entstehen, die eine fast weltbeherrschende Stellung einnimmt, ja für einige Chemikalien würde dieses Land in kurzer Zeit eine Art Weltmonopolstellung erzwingen können.

Das tote Meer wird also sehr bald außerordentlich lebendig werden. Gewaltige chemische Fabriken werden hier entstehen, eine bedeutende chemische Industrie wird sich entwickeln. Diese Salze sind im Jettalter der Technik unter der Chemi wichtiger und kostbarer als Goldlager. So wird ein ungeheurer Zustrom von Arbeitskräften nach jenem Gebiet einziehen, zumal die Bahnverbindung in nächster Tagen an der Mittelmeerküste nach Jafa laum 75 Kilometer betragen wird. Schon im Jahre 1926 hat das englische Kolonialamt im Verein mit dem Oberkommissar von Palästina eine Konkurrenz für die Bergeltung der Konzession zur Ausbeutung des Toten Meeres ausgeschrieben. Die Bewerber mußten sich verpflichten, den größten Teil des Reingewinnes an die Landesregierung abzuführen oder im Lande zu investieren. Die Konzessionsbedingungen schreiben vor, daß sämtliche industriellen Anlagen nach einer bestimmten Frist in den Besitz des Landes übergehen. Die Konzessionsnehmer verpflichten sich weiter, den Bauern Palästinas und des ganzen Jordangebietes Kali als Düngemittel zum Selbstkostenpreise zu liefern. Außerdem müssen sie die gesamten Laiten für die sozialen und Wohlfahrtsanstalten der neu entstehenden Industrieküste am Toten Meer übernehmen. Trotz dieser schwierigen Bedingungen ist eine ansehnliche Anzahl von Konzessionsangeboten eingetroffen. Über die noch wahrscheinlich im Laufe dieses Jahres die Entscheidung gefällt werden wird. Dann werden mit dem heutigen Schnelzugstempo die Fabriken und Wohnungen, die Häuser und Ställe aus dem Boden schießen und das tote Meer wird in Kürze eine der bestentwickeltesten Industrieregionen der Welt sein, eines der bedeutendsten Zentren der chemischen Industrie.

Das neueste Uraniaheft.

„Urania“, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, Jahrgang 1927-1928, Heft 4, Jena, 1928. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H.

Das Januarheft der bekannten proletarischen Kulturpolitischen Zeitschrift ist wiederum sehr reichhaltig. An naturwissenschaftlichen Beiträgen enthält es einen Aufsatz des bekannten Naturforschers R. S. Francis: „Wie sah die Welt zur Zeit des Urmenischen aus?“ In diesem Aufsatz wird an Hand der Knochenfunde aus der Urzeit der Menschheit versucht, ein Bild von dem Leben und Treiben der Urmenschen zu schaffen und auch die Tierwelt dieser Zeit zu schildern. Prof. Dr. Julius S. Schayer, der Reaktor der „Urania“, schildert in einem Artikel die Art der Ueberwinterung gewisser Insektenlarven und die Veränderungen ihrer Gestalt im Schlafzustand, wie die Art ihrer Verpflanzung. Der bekannte monistische Philosoph, Professor Dr. Heinrich Schmidt, hat einen Aufsatz „Die Staatsquadern und ihre Wachstumsgebe“ beigegeben, der besonders reich illustriert ist. In diesem Aufsatz schildert der Verfasser gewisse Fangvorrichtungen einzelner Quadenorten, mit denen sie kleine Fische, junge Krebse usw. einfangen, um sie dann zu verpacken. Der Titel des Artikels ist zwar gemein und will die bekannten Entgeleisungen des Kulturpolitologen, Prof. Plato, nachweisen, der im „Urania“ in Jena den „Urania“ einen Gehört „Militarismus im Tierreich“ beigegeben hat, um damit indirekt die Kampfbildigkeit des Militarismus der sogenannten Kulturpolitiker zu erweisen. Von den kulturpolitischen Beiträgen sind besonders zu nennen ein Aufsatz von Dr. G. von Frankenberg „Krieg und Darwinismus“, in dem gezeigt wird, wie die Lehre Darwins vom Kampf ums Dasein und der Selektion für militärische Lebensbedingungen mißbraucht wird. E. W. W. bringt dann noch einen „Rückblick auf die Weltgeschichte“ in der Kutschalle am Kulturpolitologen in Berlin und Ernst Heinrich Schrenkel „Kultur unter dem Titel „Jahresabschluss und Ausblick“ der kulturpolitischen Monatshefte. In diesem Aufsatz wird ein gewisses „Kulturpolitologisches“ Leben, besonders in Deutschland, und wie dieses Kulturpolitolog durch europäische Finanzkrisen immer wieder gefördert wird. In dem Aufsatz „Der Staat“ von Dr. G. von Frankenberg wird ein Aufsatz von Dr. jur. Walter Schmitt über „Kulturpolitologischer Mensch und Staatsrecht“, in dem juristische Fragen, die mit der Kulturpolitik zusammenhängen, besprochen werden. Besonders wird die Frage untersucht, ob in der Uebernahme der Kulturpolitikbewegung tatsächlich eine Verletzung des § 103 des Reichsverfassungsgesetzes enthalten ist. Es wird alle die Vorurteile und Vorurteile, die den Kulturpolitologen gegenüber bestehen, zurückgeführt. Als Vertreter des Kulturpolitologen wird in dem Aufsatz der Kulturpolitologe Dr. G. von Frankenberg bezeichnet. In dem Aufsatz „Kulturpolitologischer Mensch und Staatsrecht“ wird die Kulturpolitik als ein Mittel zur Erreichung der Kulturpolitolog bezeichnet. In dem Aufsatz „Kulturpolitologischer Mensch und Staatsrecht“ wird die Kulturpolitik als ein Mittel zur Erreichung der Kulturpolitolog bezeichnet.

Der Rechenschaftsbericht eines Friedensfreundes.

Auf dem Wege zum Abbruch. Londoner Berichte, Erläuterungen und sonstige Schriften. Von Gustav Lichnowsky. 2 Bände. Dresden 1927. Carl Neigner Verlag.

Nach jahrelangem Schweigen auf die vielen Angriffe, die von alldeutscher und nationalistischer Seite während des Krieges und nach dem Kriege gegen diesen deutschen Diplomaten gerichtet wurden, der als einziger Beamter des deutschen auswärtigen Dienstes nicht nur den Krieg hat kommen sehen, sondern auch die Abwicklung Englands am Ende auf Seiten der Gegner, durch die die deutsche Regierung damals völlig überrascht wurde, vorausgelagt hat, und der als aufrechter Friedensfreund, selbst gegen den Willen seiner Vorgesetzten und vor allem des Kaisers, auf dem deutschen Kaiserthron, mit Energie gegen seinen Ausbruch angekämpft und dabei von einer Politik gewarnt hat, die notwendig zum Kriege und auch zum Untergang mit England führen mußte, hat der fröhliche deutsche Sozialist in London, Gustav Lichnowsky, nun auch das Wort ergriffen, um seine damalige Politik zu verteidigen. ...

Lage in England durch Lichnowsky in den letzten Tagen vor Englands Eintritt in den Krieg. Tatsächlich hat L. nicht, wie es nach seiner Sammlung den Anschein hat, in dieser Zeit unentwegt Berlin darauf hingewiesen, daß die Kriegserklärung Englands unentweifelbar sei, wenn man Frankreich den Krieg erkläre oder Belgiens Neutralität verletze. ...

Die beiden Bände enthalten aber noch mehr als die Botschafterberichte. Sie umfassen vor allem noch die bekannte Denkschrift Lichnowskys aus dem Jahre 1916, „Meine Londoner Mission“, die durch eine Indiskretion schon damals bekannt wurde und eine furchtbare Sehe der Alldeutschen gegen L. entsetzte, die ihm zuletzt seinen Herrenhaushalt kostete und den gesellschaftlichen Segen eintrachtete. ...

Man sieht, daß die beiden Bände, die übrigens mit zahlreichen interessanten Bildern von Staatsmännern der Vorkriegszeit versehen sind, ein geschichtlich außerordentlich interessantes Werk darstellen, das freilich mit Kritik gelesen werden muß, daß aber eine Fülle ganz neuartiger Anregungen bietet.

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Geht mit Vollendung des Geschlechtskrankheiten, Erläuterungen und Kommentar von Dr. Kurt Sezer und Dr. med. Julius Hojes, Berlin, 1927, Verlag von Dietz.

Die Verfasser geben in ihrem Kommentar eine für die Praxis wertvolle Erläuterung des Gesetzes, die nicht nur für die mit der Geschlechtskrankheitenbekämpfung beauftragten Organe der Gesundheits- und Wohlfahrtsämter und die Träger der Sozialversicherung, sondern auch für das große Publikum wertvolle Dienste leisten kann, da die breite Öffentlichkeit über Ziel und Aufgaben der Geschlechtskrankheitenbekämpfung zu unterrichten.

In leicht verständlicher Weise wird zunächst eine Erläuterung über die Geschlechtskrankheiten und die mit ihnen verbundenen Ansteckungsgefahren gegeben, und die Bedeutung der Volksgesundheit durch ihre Verbreitung betont. Die Hauptursache der Verbreitung liegt nach Ansicht der Verfasser in den allgemeinen Ansehungen über Fragen des Geschlechtslebens, die dahin führen, daß viele Kreise aus falscher Scham und Unkenntnis über das Wesen und die Gefahren der Geschlechtskrankheiten sich schämen, rechtzeitig ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. ...

Die Schrift bringt aber auch eine lange Uebersicht über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in diesem Gebiete in Deutschland und im Ausland und erörtert, von welchen grundsätzlichen Erwägungen das neue Gesetz ausgeht. ...

Das Gesetz hat allen erkennbaren Tendenzen der moralischen Reformen im Geschlechtsleben im letzten Jahrzehnt, die aus dem Bewußtsein der Notwendigkeit der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hervorgegangen sind, Rechnung getragen.

weise einer Untersuchung und Behandlung zugeführt werden. Da das gesundheitliche Ziel des Gesetzes nur bei möglichst rechtzeitiger Erfassung aller Kranken erreicht werden kann, legt das Gesetz den Ärzten und den Gesundheitsbehörden die Pflicht auf, in allen Fällen die Anstehungsquellen zu erforschen und auch diese Personen zur Untersuchung und Behandlung zuzuführen. ...

Das Gesetz überträgt die Hauptverantwortung für seine Durchführung den Ärzten, die zur Meldepflicht von Kranken, die sich der notwendigen Behandlung entziehen und zur Aufklärung und Belehrung der Kranken über die Ansteckungsgefahren verpflichtet sind. ...

Träger der Geschlechtskrankheitsfürsorge sind nach dem Gesetz und den erlassenen Ausführungsverordnungen die Gesundheitsbehörden und als solche sind in den Städten allgemein die Gesundheitsämter und in den Kreisen die dortigen Träger der Aufgaben der Gesundheitsfürsorge anerkannt worden. ...

Die Verfasser, von denen Genosse Dr. Moses am Zustandekommen des Gesetzes entscheidend mitgearbeitet hat, betonen, daß die Wirkung der neuen gesetzlichen Regelung auf diesem wichtigen Gebiete der sozialen Hygiene wesentlich von der Einsicht und dem guten Willen der Bevölkerung abhängen wird, die bei richtiger Handhabung des Gesetzes durch die Behörden und die Ärzte bald erkennen werden, welche Bedeutung die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für die Volksgesundheit besitzt.

Mit fünf PS.

Kurt Tucholski, „Mit fünf PS.“ Berlin 1928, Ernst Rowohlt, Verlag.

Der Titel dieses zugleich amüsanen und sehr ernstes Buches stellt bereits eine lustige Zirkelbildung des Lesers dar. Mit den PS. sind nämlich nicht die Pferdeträfte gemeint, mit denen der wegen seiner Feindschaft gegen jede Borniertheit, Rückständigkeit und jedes politische und andere Spießbüchse, wie durch seinen geistvollen Witz mit Recht berühmt gewordene Verfasser gegen unsere Welt der Gewaltanbete und Prof. Wirtschaft antwortet, sondern die fünf Pseudonyme, hinter denen sich der Verfasser so gern verbirgt. ...

Die Stärke des Werkes liegt in den kleinen satirischen Skizzen, in denen er das Leben in der kapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart schildert und gleichzeitig geißelt. Das erste Kapitel gilt Berlin. Ein weiteres Kapitel gilt dem übrigen Deutschland und darunter besonders auch unserer guten Stadt Breslau. ...

Von den sozialen Einrichtungen, die der Verfasser geißelt, hat er sich besonders das Militär und die Justiz — und das mit Recht! — aufs Korn genommen. Seine Kritik beider, in der Gegenwart so wohl- und allen fortschrittlichen Geistern so wenig angenehm bekannten Einrichtungen müßte für sie vernichtend sein, wenn unter Volk nicht gegen die furchtbaren Schäden dieser Einrichtungen (soweit die Menschen nicht durch ihr privates Interesse mit diesen Einrichtungen in irgend einer Form verbunden sind und sie deshalb fördern) schon völlig gleichgültig geworden wäre. ...

Trefflich trifft keine Kritik manchmal auch daneben und ist kein Sammel in manchen Fällen etwas gerührt. Das gilt besonders für die in dem Band gesammelten politisch-satirischen Gedichte. Wir meinen, daß die hier unter seinen Gedichten getroffene Auswahl nicht gerade sehr glücklich war. Wir erinnern uns an viel bessere Gedichte von Theodor Täger, das ist das Pseudonym unter dem er gewöhnlich seine Gedichte in der „Weltbühne“ und anderen Zeitschriften veröffentlicht, an Gedichte, die weit trefflicher und weniger gequält waren als manche von denen, die in dem Buch abgedruckt sind. ...

Das Schlußwort ist noch hervorgehoben, daß der Verfasser ein wenig einseitig, schlichtes, aber sehr treffendes Deutsch schreibt und daß er selbst im großen und ganzen eine literarische Pose vermeidet und nicht unangelegentlich an die literarische Welt denkt. Die Besätze des Buches erwecken deshalb bei jedem aufgeschlagenen Lese Freude und Bewunderung.